# Klassenkampf

**Kommunistisches Organ**

**für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"**

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH) Halle, Lerchenfeldstraße 14.

**Herausgeber:** Otto Kilian

**Anzeigenpreis:** 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 103548 Fritz Kroh, Halle

**Einzelpreis 15 Pf.** | **Halle, Montag, den 16. Februar 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 25**


# „Unser der Sieg trotz aller Bluturteile!"

## Schlußwort der Hamburger Helden

Am 14. Februar nachmittags kamen nach längeren Plädoyers der Staatsanwälte im Hamburger Aufstandsprozeß die Angeklagten noch einmal zu Wort.

**Genosse Urbahns**

führte u. a. folgendes aus:

Die Staatsanwaltschaft hätte gern gegen uns die Todesstrafe beantragt. Sie behauptet, mildernde Umstände für unsere Tat uns zubilligen zu wollen. Wir wissen, daß diejenigen, die diesen Prozeß vor Jahresfrist gern gesehen haben, heute politische Haare in der Suppe finden. Sie wären heute sehr gern diesen Prozeß losgeworden. Wir täuschen uns nicht darüber, daß das Verhandeln über einen Antrag, der von dem sozialdemokratischen Vorsitzenden des Hamburger Ortsausschusses des ADGB., Ehrenteid, dem Kronzeugen des Staatsanwalts, bei den Verhandlungen über den beabsichtigten Proteststreik gestellt worden ist, bei einem Kommunisten jetzt schon als vollendeter Hochverrat bewertet werden soll. Die Staatsanwaltschaft wirft uns die Toten des Hamburger Aufstandes vor. Wir fragen dagegen: **Wer hat die Toten, die Frauen, die Greise, wer hat die Rentenempfänger auf dem Gewissen, die zum Gashahn greifen?** Diese Toten wiegen schwerer, als die Toten, die leider die Sipo und die Zivilbevölkerung im Bürgerkrieg hat als Opfer tragen müssen. **Wo bleibt aber die Sühne für die vielen Mißhandlungen und Morde, die die den Staatsorganen Anvertrauten erlitten haben?** Wir haben hier keine Sühne gesehen!

**Wir erkennen ihnen das Recht zu, uns als Hochverräter und Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft niederzuschlagen. Aber wir erkennen Ihnen nicht das Recht zu, im Namen der Gesetzlichkeit uns zu verurteilen.**

Die Gesetze waren aufgehoben seitens der damals herrschenden Regierung, die ihre eigene Verfassung mit Füßen trat und zerriß. Sie, meine Herren, haben **kein Recht, diese Gesetze gegen uns anzuwenden.**

Die Zeugen, die die Staatsanwaltschaft zur Aufrechterhaltung ihrer Anklage, die vollständig zusammengebrochen ist, aufgeboten hat, sind erbärmliche **Spitzel,** wie Selbiger, oder **Pathologen** wie Felix Neumann, der jetzt im Leipziger Spitzelprozeß eine Rolle spielt. Ich möchte noch auf zwei andere Zeugen hinweisen, die beide eine Partei vertreten haben: die Zeugen Schulz und Ehrenteid. **Herr Ehrenteid, der Sozialdemokrat,** ist der Kronzeuge und Sachverständige des Staatsanwalts über die Frage der Arbeiter- und Bauern-Regierung, Einheitsfront usw. gewesen. Aber der Staatsanwalt hat Pech mit seinem Zeugen, **denn Herr Ehrenteid ist von der Staatsanwaltschaft für seine Taten im Oktober 1923 auch unter Anklage gestellt gewesen.** Das Verfahren ist nur deshalb nicht durchgeführt worden, weil die Bürgerschaft Herrn Ehrenteid, der der Anzettelung des Streikes in lebenswichtigen Betrieben beschuldigt wurde, gestützt hat.

Wir sagen vor dem Urteil nur eines:

**Mag die Staatsanwaltschaft mit ihren Anträgen siegen; mag sie uns ins Zuchthaus, auf die Festung oder ins Gefängnis werfen, wir wissen, daß der Kommunismus, der Gedanke des bewaffneten Aufstandes um die Macht fortschreiten wird in der Arbeiterschaft, trotz — oder gerade wegen aller ihrer Zuchthausurteile.**

Und nun verurteilen sie uns!

*

Laute Beifallsrufe und Händeklatschen im Zuhörerraum werden vom Vorsitzenden, der mit Herausschmiß droht, gerügt.

**Die übrigen Angeklagten haben ihr Schlußwort als aufrechte Klassenkämpfer in gleich tapferer Art gehalten.**

Die Verhandlung wird auf Mittwoch vertagt, an welchem Tage das Urteil zu erwarten ist.

# Die Dortmunder Arbeiter an die deutsche Arbeiterklasse!

## Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern!

138 Bergarbeiter im Dortmunder Bergrevier sind das Opfer des Antreibesystems der Bergherren geworden.

8½ Stunden unter Tage, 10, 11, 12 Stunden über Tage, das Eisenbahnunglück von Herne, die zahlreichen Straßenbahnunfälle in Berlin — überall dasselbe Elend, überall dasselbe Bild. Die durch Kriegs- und Nachkriegszeit ausgehungerten und ausgemergelten Proleten können die Fron der Dawes-Kolonie physisch nicht mehr ertragen.

**Der Achtstundentag ist eine Forderung von Millionen und aber Millionen hungernder, ausgebeuteter Menschen.**

Die Toten von Dortmund fragen die Gewerkschaftsführer, fragen die Vorstände der Sozialdemokratie: Im Wahlkampfe habt Ihr das Maul weit aufgerissen und vom Kampfe um den Achtstundentag, vom Kampfe um das Washingtoner Abkommen gesprochen. In den Gewerkschaften habt Ihr uns 50 Pfg. abgenommen, damit durch einen Volksentscheid über das Washingtoner Abkommen Druck auf die Kapitalisten ausgeübt wird.

Angesichts der Opfer von Herne, angesichts der Toten von Dortmund fragen wir Euch:

**Wo bleibt der Kampf des ADGB. für den Achtstundentag,**

**wo bleibt sogar der Kampf auch nur für das Washingtoner Abkommen, wo bleibt Euer vielgepriesener Volksentscheid?**

Die Kommunistische Partei stellt fest, daß die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten nicht einmal die von ihnen als zweckmäßig erkannten Kampfmittel um den Achtstundentag anwenden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bis jetzt **nicht einmal einen Antrag über einen Gesetzentwurf für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens,** geschweige den eines wirklich starren Achtstundentagsgesetzes eingebracht. Sie hat sich lediglich mit einem „Ersuchen" an die Regierung begnügt.

Die Kommunistische Partei stellt fest, der Bundesvorstand des ADGB. hat bis jetzt nicht einmal sein Versprechen vom Volksentscheid wahrzumachen versucht. Die Kommunistische Partei hat den arbeitenden Massen immer wieder und wieder gesagt, daß der Volksentscheid **kein ausreichendes Kampfmittel ist,** um den Achtstundentag herbeizuzwingen,

**daß nur der Kampf, der einheitliche geschlossene der Arbeiter in den Betrieben, den Achtstundentag in Deutschland wieder bringen wird.**

Aber der Bundesvorstand des ADGB. wagt nicht einmal, seinen Volksentscheid über das Washingtoner Abkommen zu machen, weil er weiß, daß die Empörung von Millionen ausbrechen wird, wenn die Frage erst einmal in der Masse aufgerollt ist, und daß diese ausgebeuteten und ausgemergelten Arbeitermassen den Kampf um den Achtstundentag erzwingen werden, wenn ihn der Volksentscheid nicht bringt. Und der „Volksentscheid" wird und kann ihn nicht bringen! Das weiß der ADGB. sehr genau.

Aber so sehr fürchtet der ADGB. den Kampf, daß er nicht einmal wagt, die Massen durch den Volksentscheid über das Washingtoner Abkommen zu „beunruhigen".

Die Kommunistische Partei erwartet von der Barmat-Partei und ihrem Helfershelfer, dem Bundesvorstand des ADGB., keine klare unzweideutige Antwort auf die Frage, noch weniger die Aufnahme des Kampfes um den Achtstundentag.

Ihre eigene Blöße, ihre Korruption, ihren Verrat an der Arbeiterklasse deckt diese Partei der Bourgeoisie mit einem wüsten, fürchterlichen Kampfe gegen die Kommunisten und gegen alle revolutionären Arbeiter. Aber die Kommunistische Partei nagelt angesichts des Unglücks von Dortmund den schändlichen Bruch sogar derjenigen Versprechungen an, die den Arbeitermassen immer wieder und wieder im Wahlkampfe versicherten, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschafter im Parlament einen wirklichen Kampf um den Achtstundentag aufnehmen würden.

**Schließt Euch zusammen gegen die Saboteure des Klassenkampfes!**

**Hinweg mit jeder Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie!**

Her mit der roten Klassenfront in den Betrieben und in den Gewerkschaften, für die Wiedererkämpfung eines wirklichen festen Achtstundentages in Deutschland, für höheren Lohn, für die Amnestie der politischen Gefangenen!

**Die KPD. ist die einzige Partei, die für den Achtstundentag kämpft.**

**Nur der Kampf in den Betrieben und Gewerkschaften bringt uns den Achtstundentag.**

**Proletarier Deutschlands! Seid bereit, diesen Kampf zu beginnen!**

Berlin, 13. Februar 1925.

**Zentrale der KPD.**

Sektion der Kommunistischen Internationale.)

# Mörder Grubenkapital!

Halle, 16. Februar.

**Der Trauer-Rummel.**

„An der Bahre der Toten schweigen alle Gegensätze. Der Majestät des Todes beugen wir uns in Ergriffenheit. Ob hoch oder niedrig, arm oder reich, das erschütternde Ereignis im Dortmunder Kohlenrevier verbindet alle, die noch einer Empfindung fähig sind, zu einer trauernden Gemeinde, die in stiller Ergebung verharrt und die in tiefem Schmerz hinblickt auf die langen Reihen der 136 schlichten Bergarbeiter, die im treuen Dienst des Alltags ihr Leben gelassen haben; gefällt von einem grausamen Schicksalsschlag, den zu wenden nicht in unserer Macht stand."

So sprechen sie heute alle vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung", vom „einfachen Mann" bis zum höchsten Beamten der Republik, vom Schlotbaron bis zum Kleinbürger. Tränen des Mitleides fließen, Spenden werden ausgeworfen für die „braven" Angehörigen derer, die im Schacht ihr Leben haben lassen müssen. Die wohlgepflegte Hand greift nach der schwieligen Faust. Ganz Deutschland fühlt den Schmerz und sieht „erschüttert und fassungslos" an der Stätte dieses „namenlosen Unglücks". Ein Reichskanzler läßt seine Staatsgeschäfte im Stich, eilt hin nach Dortmund und der amtliche Draht läßt verkünden, daß derselbe beim Abschreiten der langen Reihe der Opfer des Grubenunglückes fassungslos zusammengebrochen sei. Kein Machthaber in Deutschland versäumt es, auf telegraphischem Wege in feierlicher und wohlgesetzter Form sein tiefes Beileid auszusprechen. Ebert telegraphiert aus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250216-14/fragment/page=0001

Berlin und Wilhelm aus Amerongen. Fahnen werden halbmast gehißt und Theater geschlossen. Parlamente beraumen Trauersitzungen an und in Kirchen läßt man Totenmessen zelebrieren für die verunglückten Opfer. Kein Winkel Deutschlands, wo nicht in irgendeiner Form dieses Unglücks in „würdiger Form" gedacht wird.

### Die Wirklichkeit.

Wenige Tage, bevor sich das Unglück ereignete, wurde von dem **Sozialdemokraten Mehlich ein Schiedsspruch gefällt**, der im allgemeinen die bisherige Arbeitszeit in den Bergbaubetrieben auftecht erhielt. Die schwerindustrielle „Kölnische Zeitung" schrieb dazu befriedigt: **„Der neue Schiedsspruch garantiert, daß alles beim Alten bleibt."** Alles soll beim Alten bleiben: Arbeitszeit, Antreibersystem, Beschneidung der Rechte der Betriebsräte, Hungerlöhne. Der letzte Schiedsspruch Mehlichs gegen die Bergarbeiter ist die Folie, auf der sich die Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein" abhebt. Das „Berliner Tageblatt" berichtete bei Besprechung der Katastrophe: „Die Zeche „Minister Stein" ist die bestorganisierteste des Ruhrgebietes, vielleicht die technisch vollendetste der Welt." Das heißt, die Zeche „Minister Stein" hat unter all den mit ihr konkurrierenden Zechen die größte Profitrate abwerfen können. Haben die Kumpels auf der Zeche „Minister Stein" dadurch höhere Löhne, bessere Betriebssicherheit, geringere Ausbeutung erfahren? Das Berliner Tageblatt berichtet am 12. Februar:

**„Die von Angst und Sorge zerzerrten Gesichter der Angehörigen der noch nicht geborgenen Bergarbeiter bieten einen furchtbaren erschütternden Eindruck. Man hört in einem fort Flüche und Verwünschungen gegen die Bergverwaltung. Die Bergarbeiter zeigen den Fremden ihre Lohnträuen, um zu beweisen, für wie niedrige Löhne sie täglich dem Tod ins Angesicht schauen müssen."**

Was die Betriebssicherheit anlangt, so erfährt man immer neue Anklagen der Betriebsräte der Zeche „Minister Stein". Schon am Montag, — das Unglück passierte Donnerstag abend — waren die Betriebsräte bei der Zechendirektion vorstellig geworden, die darauf hinweisen sollten, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die sich ansammelnden Gase, die bereits zu kleinen Schlagwetterexplosionen geführt hatten, zunichte zu machen. **Es geschah nichts.** Die Vorstellungen waren vergeblich. Während die größten Anstrengungen gemacht wurden, um die Kohlenförderung zu steigern, durch Verschärfung und Raffiniertheit des Antreiber- und Akkordsystems, durch die Inbetriebsetzung der modernsten Fördermaschinen, blieb jede Zuwendung, die Betriebssicherheit zu erhöhen, vollkommen aus. Wie auf allen Zechen, herrschte auch auf der Zeche „Minister Stein" die **grausamste Unternehmerwillkür** der auf ihren Profit bedachten Kapitalshyänen.

### Das Unglück

Es brach die Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein" nicht wie ein Zufall, sondern als **logische Folge** der nur auf ihren Profit bedachten Zechengewaltigen aus. Es sind bis heute 137 tote Kumpels geborgen. Sie sind langsam erstickt, in der Gewißheit, daß ihnen nicht mehr geholfen werden könne. Sie sind zugrunde gegangen in der Gewißheit, daß die Schuld an diesem Unglück das verrottete Kapitalistensystem trage und, in diesem speziellen Falle, die Bergwerksdirektion der Zeche „Minister Stein", die ihre Riesenprofite zu Riesendividenden benutzt hat und zur besinnungslosen Produktionserhöhung, unter Außerachtlassung jeder Sicherung für das Leben der Kumpels. Vor den eisernen Falltüren fand man die toten Kumpels aufeinandergeschichtet liegen. Einige hatten sich einen Ausweg noch erhoffend, in die Stützhölzer eingebissen. Bei den Bergungsarbeiten fand man noch letzte schriftliche Aufzeichnungen, die mit Kreide an die Wand geschrieben, mit Bleistift auf ein Stück Papier hingeworfen worden waren. Auf einem Zettel fand man die Worte:

**„Wir sind verloren. Erkämpft für Euch ein besseres Dasein. Rächt uns an den Kapitalisten, an den Mördern!"**

Diese letzten Worte sind ein Vermächtnis der toten Kumpels an die Lebenden. Man soll sie immer und immer wieder hinausschreien, als Dynamit hineinwerfen, um das verfluchte kapitalistische System zu sprengen, als Feuerbrand hineinschleudern in die gesamte Arbeiterschaft, damit sie aufgerüttelt werde zur revolutionären Aktivität.

### Nicht verwirren lassen!

Morgen werden mit großen Pomp die Opfer der Bergkatastrophe zur „ewigen Ruhe" gebettet werden. Der offizielle Apparat zieht alle Register auf, um die wachsende Empörung der Kumpels im Meere des allgemeinen Mitleides zu ersticken. „Namhafte Beträge" werden von offizieller und inoffizieller Seite zur Verfügung gestellt, die Not der Angehörigen zu lindern. Die Wohltätigkeit und der Trauertrummel sind die Mittel, um auf die hochgehenden Wogen der Empörung das Oel der Beruhigung zu gießen. Den am schwerste Getroffenen, den Angehörigen der Todesopfer, soll der Mund gestopft werden. Indem man ihnen mit unzulänglichen Geldmitteln unter die Arme greift, hofft man, ihre Anklagen gegen das Zechenkapital abschwächen zu können. Der ganze Trauerrummel, der eingangs geschildert wurde, ist das Mittel, um dem drohenden Kampf der Kumpels auf der ganzen Linie für bessere Lebensbedingungen, der durch das Unglück nur akuter geworden ist, die Spitze abzubrechen, Uneinigkeit und Verwirrung in die Bergarbeiter hineinzubringen, und die kampfgewillte Front der Ruhrkumpels zu zerbrechen. Die Kumpels werden nicht auf diesen Trauerrummel hereinfallen. Sie werden ausspucken vor der bürgerlichen Kanaille, die durch Mitleid und Spenden die Verelendung und Ausbeutung, das Antreibersystem und ihre Betriebsunsicherheit verewigen will.

### Es bleibt nur der Kampf

Der Trauer-Rummel wird bald vergangen sein. Vergangen die Worte, die man heute noch macht. Aber nicht vergangen soll sein jener Aufschrei der toten Kumpels an die lebenden: Zu kämpfen für ein besseres Dasein, sich zu rächen an den Mördern, den Kapitalisten. Die Kumpels teilen heute mit der ganzen Arbeiterschaft Deutschland einen Druck, ein Sklavendasein, wie sie es schlimmer nie erduldet haben. Die Front der Bourgeoisie ist breiter und härter denn je. Zu ihr gehört unreitbar und unwiderbringlich die deutsche Sozialdemokratie. Darum ist das Gewicht der Bourgeoisie auf das Proletariat lastender denn je geworden. Darum haben die Kapitalisten aus den Peitschen gegen das Proletariat Skorpione machen können. Das Los der Kumpels unter Tage ist das schwerste aller Proleten in Deutschland, weil neben ihrer Arbeit Tod und Vernichtung lauert. Die lastenden Ketten zu sprengen, macht den einen mutlos und deprimiert, den anderen drücken sie zwar nicht nieder, aber er glaubt nur an die einmalige Tat, die mit einem Ruck die Ketten sprengt. Die tägliche Arbeit der Aufrüttelung zum Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen fehlt er ab. Beide Arten lehnen jedes Feilen an den Ketten ab, das allein imstande ist, die Fesseln so zu schwächen, daß man sie zerbrechen kann. Es gilt heute mehr denn je, diese Art des Kampfes, die allein zum Ziel führt, zu erkennen. Es gilt heute, eine geschlossene Kampffront herzustellen, damit die Bergarbeiter in ganz Deutschland sich wieder den **Achtstundentag über Tage, die Siebenstundenschicht unter Tage, erweiterte Betriebsräterechte, eigene Bergaufsicht der Sicherheitsmaßnahmen in den Gruben und ausreichende Löhne erringen.** Das ist das nächste Ziel. Wenn die Kumpels in den nächsten Monaten sich dieses Ziel erkämpft haben, es mit aller Zähigkeit festhalten und darüber hinaus neue Kämpfe

# Welche Regierung herrscht in Deutschland?

von seinen Gnaden.
Streikabwürger und § 48 „Republikaner"

| | | |
|---|---|---|
| Luther und Stresemann | die 715 Millionen Goldmark aus eurer Tasche raubten und den Schwerindustriellen in den Rachen warfen, die durch den Londoner Vertrag Deutschland zur Kolonie machten und dafür nicht einmal die Räumung der besetzten Gebiete durchsetzten | schwarz |
| Luther | der Steuernotverordner und Aufwertungs-Schwindler | |
| Stresemann | der Schutzpatron des Gauners „Sprit-Weber" | weiss |
| Luther Stresemann Schiele Neuhaus | Deutschnationale „Erfüllungspolitiker", Kappisten, Monarchisten, Schutzpatrone der „Stahlhelm, Consul, Jungdo und aller Vaterländischen" | |
| Schlieben | von der gleichen Couleur, Spezialist für Beamtenabbau | rot |
| Braun | Räuber des Achtstundentages, Erfinder der Zwangsarbeit für Erwerbslose. Hat den Feuerarbeitern den Achtstundentag zum 15. Januar versprochen und das Versprechen nicht gehalten | |
| Geßler | Patentdemokrat und Schutzpatron der monarchistischen Reichswehr — der legalen, wie der illegalen | gelb |

## Arbeiter. Angestellte. Beamte. Kleinbauern!

Was habt Ihr von dieser Regierung zu fordern?

Nur das eine:

## Daß sie schleunigst verschwinde!

**vorbereiten, dann nur sind sie auf dem Weg, das Vermächtnis ihrer toten Brüder zu erfüllen. Dann nur sind sie auf dem Weg, aus den Kämpfen um das tägliche Brot heraus jene Machtfrage aufzurollen, die endgültig das Schicksal aller Arbeitenden wendet, die Machtfrage, durch die das Proletariat sich als herrschende Klasse konstituiert und die Macht der Bourgeoisie zerbricht.**

## Die Schuldigen der Katastrophe auf Zeche „Minister Stein"

### Aussage eines Ueberlebenden

Der gerettete Bergarbeiter Hermann Liedkte, wohnhaft Forthhauser Straße 35, derzeit im Evinger Krankenhaus, machte folgende Aussagen:

„Bereits am Tage vor dem Unglück ist in dem Unglücksrevier eine kleine Explosion erfolgt. Der Fahrsteiger wurde davon in Kenntnis gesetzt, der dann erklärte, es sei nur die Folge eines Generaldrucks des Gebirges. Auch am Morgen des Unglückstages fand eine Wetterexplosion in demselben Revier statt, wobei das Mauerwerk zum Teil eingedrückt und lagernde Schienen fortgeschleudert wurden. Diese Explosionen sollten durch Funken aus der Oberleitung der Fördermaschine hervorgerufen worden sein. Mit fünf Mann wurden hier die Aufräumungsarbeiten ausgeführt. Nach diesen Explosionen sind besondere Vorkehrungen zur Verhütung weiterer Entzündungen nicht getroffen worden, auch ist eine Untersuchung über die Ursache und Nachforschung betreffs Gasvorkommen nicht angestellt worden. Die ganze Angelegenheit ist mit Stillschweigen übergangen worden."

**Vor das Volksgericht mit der Stinnes-Verwaltung, den Zechendirektoren und Zechenbesitzern!**

## 3370 Tonnen = 137 Tote!

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 16. Februar.

Die Januar-Nummer der gelben Betriebszeitung „Zeche Minister Stein" bringt in Fettdruck in einem Kasten „Zeche Minister Stein": Förderung am 19. November 1924 3358 Tonnen; Förderung am 1. Februar 1925 3370 Tonnen. Ein Bravo der Belegschaft!"

### Schon wieder ein Grubenunglück

(Eig. Drahtm.) **Köln, 14. Februar.**

**Auf Schacht III der Robber-Grube bei Brühl ereignete sich gestern eine schwere Kohlenstaubexplosion, bei der sieben Arbeiter schwer verletzt wurden. Einer der Verletzten ist seinen Wunden erlegen.**

**Essen**, 14. Februar.

Gestern nachmittag ereignete sich auf der Zeche „Sachsen" durch Grubenbrüche ein Unglück, bei dem drei Kumpels schwer und zwei Kumpels leicht verletzt wurden.

## Täglich 2 Tote und 200 Verletzte

**Das furchtbare Unglück auf der Zeche „Minister Stein" ist wohl dazu angetan, die Aufmerksamkeit auf die Unfallziffern im Bergbau zu lenken. Nicht nur kommen bei der Durchsicht der Unfallstatistiken schreckenerregende Resultate ans Licht, man deckt damit zugleich auch die wahren Ursachen dieser unerhörten zahlenmäßigen Steigerung dieser Unfälle auf.**

Aus neueren statistischen Zusammenstellungen geht hervor, daß die Unfallziffern im Ruhrbergbau und nach Einführung der verlängerten Arbeitszeit im unaufhaltsamen Steigen begriffen sind und zwar: im November 1923 etwa 1000 Unfälle, im Dezember 1923 1400 Unfälle.

Seitdem beträgt die monatliche Unfallziffer — abgesehen vom Aussperrungsmonat Mai 1924 —

**durchschnittlich 6000, darunter 60 Tote.**

Es sind für das Jahr 1924 täglich mehr als 200 Verletzte und zwei Tote zu verzeichnen. Im ganzen Jahre 1924 betrug die Zahl der Opfer des kapitalistischen Ausbeutungssystems 65 000, also durchschnittlich 185 täglich, davon entfallen gerade auf das letzte Halbjahr 37 000 Verletzte und 360 Tote, also

**täglich rund 205 Verletzte und zwei Tote.**

Nunmehr hat die verlängerte Arbeitszeit, die niedrige Entlohnung und das Antreibersystem 138 Todesopfer gefordert.

Während diese Zeilen geschrieben werden, kommt eine neue Schreckensmeldung: Auf der Grube „Sachsen" sowie im Braunkohlenbergbau auf der Roddergrube, sind neue Opfer der kapitalistischen Profitsucht zu verzeichnen.

## Zuchthausurteile gegen Arbeiter — und kein Ende

Nach Aussagen der gekauften Lockspitzel Diener und König wurde im Prozeß gegen sieben Stuttgarter Arbeiter von dem Staatsgerichtshof am Sonnabend folgendes Urteil gefällt: Es wurden verurteilt: Linl zu 4 Jahren Zuchthaus und 400 Mk. Geldstrafe, 10 Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Stier wird freigesprochen. Lang (Vater) 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Lang (Sohn) 1 Jahr Gefängnis. Veil 1 Jahr Gefängnis. Haderer 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Wiech 1 Jahr 3 Monate Gefängnis 100 Mk. Geldstrafe. 7 bzw. 5 Monate der Untersuchungshaft werden dem letzteren Verurteilten angerechnet.

## „OC"-Spione in Sowjet-Rußland

(Rosta) **Moskau, 14. Februar.** Laut einer Meldung der **„Iswestia", sind die drei in Moskau verhafteten Studenten Karl Kindermann, Theodor Wolscht und Graf Maxim Ditmarinen Mitglieder der Organisation Consul. Sie haben im Auftrage der Organisation Consul in der Sowjetunion Spionage betrieben und haben Terrorakte vorbereitet. Sie haben ein ausführliches Geständnis abgelegt.**

*

Das sind dieselben Studenten, deretwegen die SPD. im Reichstag eine Anfrage einreichte, um ihre Freilassung in Sowjet-Rußland zu erwirken. Wir äußerten schon damals die Vermutung, daß es sich um weißgardistische Spione handeln dürfte. Nun stellt es sich heraus, daß sich die Sozialdemokratie für Spitzel der Ehrhardt-Mordzentrale so warm einsetzte. Sie wollte die Gelegenheit nicht vergehen lassen, bei dieser Gelegenheit eine kleine Sowjethetze aufzuziehen. Wird sich die Sozialdemokratie nun noch weiter für diese OC-Spione verwenden? Wir glauben „ja". Haben doch sozialdemokratische Beisitzer im OC-Prozeß mitgewirkt, daß ein Freispruch (denn ein Freispruch sind die lächerlichen Strafen von einigen Monaten gewesen) zustande kam.

## „Vaterländischer" Betriebsrätekongreß

### Die Gelben auf dem Dummenfang

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 16. Februar.

In Berlin findet zurzeit der erste vaterländische Betriebsrätekongreß statt. Anwesend sind angeblich 300 Delegierte und 100 Gäste. Es sprachen bisher nur deutschnationale Abgeordnete. Die Vaterländischen verlangen als Grundlage der sozialen Gesetze ein auf dem Begriff von Treu und Glauben beruhendes Arbeitsvertragsrecht. Sie lehnen das Washingtoner Abkommen kategorisch ab und wollen die Kluft von Unternehmer und Arbeiterschaft überbrücken. Sie wollen gerechten Lohn als Leistungslohn und appellieren an die wahre, ideelle vaterländische Gesinnung bei den Unternehmern.

## Bauer sogar aus der Barmat-Partei ausgeschlossen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 16. Februar.**

Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat der erweiterte Bezirksvorstand der SPD. in seiner Sonnabendsitzung den Anträgen auf Ausschluß Bauers aus der SPD. einstimmig zugestimmt. Mit dem Fall Bauer will die SPD. ihr Reinigungsmanöver vor den Massen inszenieren. Das System Barmat-Bauer bleibt. Dieses System kann die Arbeiterschaft nur beseitigen durch Vernichtung der gekauften SPD. und den Sturz der korrupten bürgerlichen Gesellschaft.

## Klassenjustiz — Klassenmedizin!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 16. Februar.**

**Derselbe Arzt, der den epileptischen Kronzeugen des Staatsanwaltes im „Tscheka"-Prozeß, Felix Neumann, für gesund erklärt hat, hat den Oberschieber und ehemaligen Reichspostminister Hoefle, der kerngesund ist, für krank und haftunfähig erklärt.**

**Zur Klassenjustiz hat sich die Klassenmedizin gesellt!**

### Massendemonstration der KPD. in Groß-Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 16. Februar.**

**Gestern fand eine Massendemonstration der KPD. Groß-Berlin statt, die nach Nowawes und Potsdam herauszog. Ueber 15 000 Demonstranten wurden gezählt. Gegen die Barmat-Kloake, und gegen die Luther-Regierung war diese Demonstration eine wuchtige Anklage. Die Massen beseelte der unerschütterliche Wille, mit aller Kraft zu kämpfen für den Achtstundentag, für höhere Löhne als Auftakt zur revolutionären Massenbewegung, die das kapitalistische System stürzt.**

### Massendemonstration gegen das Prager Blutbad

(Eig. Drahtm.) **Prag**, 16. Februar.

Gestern fanden in **Prag** und **Kladnow** große **Protestkundgebungen** statt gegen das Prager Blutbad, das am vorigen Sonntag unter der Prager Arbeiterschaft durch tschechisches Militär und Polizei angerichtet worden war. **Zirka 30 000 Demonstranten** gaben ihrer Empörung Ausdruck gegen das tschechische Blutregiment. Die Demonstration was von prächtigem Geist beseelt.

### Große öffentliche Versammlung in Chemnitz

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz**, 16. Februar.

Gestern fand eine große öffentliche Versammlung statt, **gegen die Korruption und für die Amnestie. Ueber 2000 Versammlungsbesucher** waren zusammengekommen und lauschten den Ausführungen des Referenten mit gespanntester Aufmerksamkeit. Die Chemnitzer Proleten geloben, sich mit aller Kraft einzusetzen für die Amnestie, Schluß zu machen mit der Korruption der Republik, d. h. Schluß zu machen mit dem kapitalistischen System, das die Quelle aller Korruption ist.

### Die Pleite der Völkischen

**München**, 13. Februar.

Ludendorff, von Graefe, von Strasser haben die Reichsführerschaft der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Groß-Deutschlands niedergelegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250216-14/fragment/page=0002

## Richters Schwanengesang

Fünf Jahre habe ich regiert
Mit Gummi und mit Blei.
„Herr Präsident!" Wie klang das schön —
Nun ist der Spaß vorbei.
Freund Bauer, komm, nimm deinen Hut.
Das Auto wartet schon.
Nach Schwanenwerder! Straße frei!
Wir gehn in Pension!
Du spielst die Exzellenz a. D.
Und wirst in Ehren dick.
Ich schnall' mir meinen Säbel um,
Ein Prost der Republik!

Slang.

## Die SPD. grundsätzlich für die Koalition mit den Junkern

### Volksgemeinschaftsschwindel in Preußen

Die deutschnationale Landtagsfraktion hatte an den preußischen Ministerpräsidenten Marx ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich zum Beitritt in die „Volksgemeinschaft" bereit erklärte. Die Junker verlangten zeitweise Unterstützung der Reichsregierung durch die preußische Regierung, finanzielle Erhaltung der Kirche, Ablehnung des mit der „Volksgemeinschaft" nicht verträglichen Klassenkampfgedankens und Pflege des vaterländischen Gedankens, d. h. auf gut deutsch: des Jungdo, Stahlhelm usw.

Nach der Telegraphen-Union hat sich nun der neue preußische Ministerpräsident Marx auf Grund dieser deutschnationalen Antwort an die Sozialdemokraten gewandt mit der Frage, wie sie sich zu einem Kabinett der Volksgemeinschaft stellen würden. Marx erhielt die Antwort, die Auffassung der Sozialdemokraten gehe dahin, daß eine Koalition nicht eine Gesinnungsgemeinschaft bedeute, sondern die Aufgabe habe, praktische Ziele zu erreichen. Grundsätzlich seien die Sozialdemokraten nicht abgeneigt, auf die Anregung zur Bildung einer Volksgemeinschaft einzugehen. Damit erklärt sich die SPD. „grundsätzlich bereit", eventuell auch mit Deutschnationalen in einer Regierung zu sitzen, und zwar soll Severing als einziger Sozialdemokrat in einer solchen Regierung bleiben.

Nach der „Hannoverschen Landeszeitung" hat man von sozialdemokratischer Seite aus Versuche unternommen, die Stimmen der Deutsch-Hannoveraner für ein Kabinett Marx-Severing, in dem auch Deutschnationale sitzen würden, zu gewinnen. Zu dem Zweck habe man das Haupt Noskes angeboten.

Nach den Meldungen der bürgerlichen „Telegraphen-Union" und der „Hannoverschen Landeszeitung" ist also der Kuhhandel der Sozialdemokraten in seiner ganzen Niedertracht enthüllt. Wie schrien sie nicht über die Kommunisten als die „Steigbügelhalter der Reaktion", weil Braun gestürzt wurde. Jetzt sind sie „grundsätzlich bereit", auch mit den Junkern zusammen zu regieren. Und zu dem Zweck würden sie sogar ihr Ehrenmitglied Noske fallen lassen, den man etwa nicht gehen läßt wegen der fünfzehntausend Arbeiter, die er auf dem Gewissen hat, sondern weil die Bourgeoisie es wünscht.

Welcher ehrliche Arbeiter kann noch in dieser Partei bleiben?

## Der Justizterror in Bulgarien

(Eig. Drahtm.) Sofia, 16. Februar.

**Wegen Beteiligung am Septemberaufstand sind 52 Kommunisten zu 137 Jahren Kerker verurteilt worden. Die Brutalität der Balkanstaaten gegen die Kommunisten nimmt immer grotesktere Formen an, aber der Kommunismus marschiert auch in Bulgarien trotz alledem.**

# Leipziger Spitzelprozeß

In der sehr lang ausgedehnten Verhandlung des Sonnabend setzt der kranke Mann des Staatsanwalts seine Aussagen fort. Er wahrt mit aller Konsequenz die neue Linie, die er am Vortage begonnen hat. Zunächst ist von weiteren Attentatsversuchen auf General Seeckt die Rede. Ausführlich schildert Felix Neumann alle technischen Einzelheiten, mit denen er den possenhaften Charakter seiner „Attentate" als planmäßig beabsichtigen will. Z. B. erklärt er mit aller Bestimmtheit, er habe stets nur allein den Schuß sich vorbehalten und die Mitbeteiligten angewiesen, niemals selbständig dabei vorzugehen. Neumann selbst benützt den Ausdruck „Theater" oder „leere Demonstration".

Und Poege bestätigt durchaus, auch **selbst die Sache als „Theater" empfunden zu haben. Bei mir im Stillen habe ich gedacht: „Das ist ein schönes Theater, wenn er im Tiergarten bremst und dann noch zum Anhalter Bahnhof rennt."**

Dann aber füllt die Erzählung über den Schuß auf den Polizeiagenten Rausch den Hauptteil des Tages aus. Wiederum, wie am Vortage, erklärt Neumann: „Und nun, Herr Präsident, schaltete ich etwas ein, was ich bisher nicht angegeben habe, auch in der Voruntersuchung nicht."

In der Tat setzt Neumann — nach über einem Jahr! — sein am Vortag eingeleitetes „Programm" fort, alle Entlastungsargumente für seine Person anzuführen. Drei-, viermal versucht der Präsident, Herr Niedner, Widersprüche zu finden, an gewissen Punkten das Netz der Neumannschen Aussagen zu zerreißen . . . Wie es bis jetzt scheint, vergeblich.

**Der Kronzeuge der entlarvischten Prozeßmacher erklärt, daß er dem gefaßten Polizeiagenten einen bloßen Denkzettel habe geben, ihn keineswegs töten, jedenfalls kein ernsthaftes Attentat habe ausführen wollen.** Und wieder zeigt er auf alle die technischen Punkte, aus denen dieser Scheincharakter der Neumannschen Attentate auch hier klar hervorgehe. Ausdrücklich will er auf den Punkt gezielt haben, an dem seitlicher Unterleib und Oberschenkel zusammenstoßen.

Dann tritt plötzlich die Figur Neumanns ganz zurück. Jetzt ist die Frage nach der wirklichen Todesursache jenes gutbezahlten Polizeispitzels Rausch, der erst Monate darauf im Krankenhaus gestorben ist. Und hier gab es schon am heutigen Tage gewaltige Ueberraschungen! Hier scheinen plötzlich gewisse dunkle Hintergründe in ein noch schwaches Dämmerlicht getaucht zu werden. In der sehr langen Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern und dem Gerichtssachverständigen erklärt schließlich Rechtsanwalt Wolfs, über den Prozentsatz der Todesfälle bei Leberschüssen würde man sich noch sehr ausführlich mit dem Spezialisten unterhalten, der zur Erstattung eines Gutachtens geladen werden soll.

Wir begnügen uns vorläufig noch einmal, in der Affäre des Kronzeugen Neumann, ebenso wie in der Affäre des monatelang nachher verstorbenen Spitzels Rausch den Arbeitern selber die gewissen, sehr erheblichen Schlußfolgerungen zu überlassen.

### Verhandlungsbericht

Nach der vorläufigen Entlassung der heute abermals aufgerufenen Zeugen, darunter der Herren Heller und Palm von der Abteilung Ia in Berlin, bis nächsten Freitag wird Abschrift eines Schreibens Neumanns an Hellmut verlesen, in dem neben der Ueberjendung der für das Auto notwendigen Gelder um Erhöhung der Bewegungsgelder für die Gruppe ersucht wird. Auf die Frage, wie es komme, daß

**Neumann merkwürdigerweise immer Abschriften von so belastenden Schriftstücken in seinem Besitz hat,**

gibt Neumann die noch merkwürdigere Antwort, er habe sich seinem Vorgesetzten gegenüber jederzeit mit Belegen rechtfertigen wollen, da eine Hausuchung nicht zu erwarten gewesen sei! Eine sonderbare illegale Einstellung! Dann wird wieder ein Schriftstück verlesen, von dem durch die Verlesung selbst festgestellt werden soll, ob es sich um einen Brief Sinowjews handelt oder nicht. In der Abhandlung, die in der internationalen Presse-Korrespondenz als theoretischer Diskussionsartikel erschienen ist und jedem, aber auch jedem Kommunisten bekannt ist, wird der Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik bestritten, Seeckt wird mit Kolischak verglichen. Das Schriftstück enthält den Passus, daß Deutschland noch eine Periode des weißen Terrors durchleben wird, ist vollkommen klar. „Groß ist der Preis, den das deutsche Proletariat zu zahlen hat, niemand aber wird ihm den Sieg entreißen." Es wird also ein Ausblick in die Zukunft gegeben. Der Reichsanwalt fragt Neumann, ob sein Namensvetter das Schriftstück vor den Beobachtungen Seeckts durch die Gruppe erhalten habe. Eine doch allzu plumpe und dumme Konstruktion: ein in der offiziellen Presse-Korrespondenz erschienener theoretischer Artikel Sinowjews soll als briefliche Aufforderung an Felix Neumann zur Ermordung Seeckts herangezogen werden. Zu dumm wirklich!

Jetzt lenkt Niedner wieder auf das „Seeckt-Attentat". Neumann erklärt, daß er überhaupt nie die Absicht gehabt habe, Seeckt zu töten. Dann ist von der auf dem Anhalter Bahnhof erwarteten Rückkehr Seeckts aus Weimar die Rede. Er habe mit Sson vor dem Bahnhof Aufstellung genommen, sei aber zum Einlaufen des Zuges zu spät gekommen.

Niedner: Zu welchem Zweck geschah die Aufstellung?

Neumann: Der Zweck, den General niederzuschießen, war angenommen, aber ich selbst trug mich nicht mit dem ernsthaften Gedanken.

Neumann erzählt dann weiter, daß er selbst laut Vereinbarung den Schuß gehabt hätte, genau wie im Tiergarten. Nach seiner Ueberzeugung hätte überhaupt Seeckt nur in Begleitung mehrerer Personen eintreffen können und außerdem hätte der Bahnhof so belebt sein müssen, daß er (Neumann) gar nicht mit der Möglichkeit eines ernsthaften Attentats hätte rechnen können. Die Mitteilung, daß es sich um

**eine bloße Demonstration**

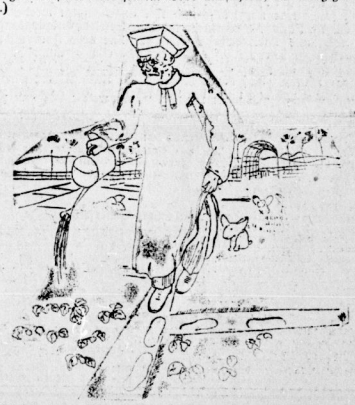
handele, habe er wegen seiner eigenen Ueberwachung keinen von den Beteiligten machen dürfen. Margies und Meus seien zu der Zeit überdies krank zu Hause gewesen. Er habe nach den früheren Erklärungen an Poege annehmen müssen, daß dieser die Sache als Demonstration auffasse.

### Der Fall Rausch

Neumann betont, daß sich seine Aussagen im wesentlichen wahrscheinlich sogar mit den in der Voruntersuchung gemachten Aussagen decken. Er habe bei Empfang des Auftrags sich eine vierzehntägige Prüfung darüber vorbehalten, ob Rauschs Spitzelcharakter vollständig erwiesen sei. Zu diesem Zweck habe er den Rausch in die T-Gruppe aufnehmen wollen unter der Vorspiegelung, es handele sich um die Abteilung Nachrichtendienst. Er habe Poege und Heinz Neumann Mitteilung gemacht und sich weiter von dem Sekretär der M-Abteilung Angaben über Rauschs Spitzeltätigkeit machen lassen. Weiter habe er sich an den Mitangeklagten Meyer gewendet, der ihm mitgeteilt habe, daß Rausch mehrere Waffenlager der Partei verraten habe. Weiter erzählt dann Neumann, wie er sich mit Hilfe Meyers mit Rausch in Verbindung gesetzt habe. Schließlich habe er sich dem Rausch als Redakteur in Nachrichtenangelegenheiten durch Poege vorstellen lassen.

**Rausch habe dabei angegeben, er sei Vertrauensmann der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums und müsse daher zugleich auch dorthin Meldungen geben. Rausch erklärte mir außerdem: Wenn Ihr mich nicht bald anstellt, so verzichte ich auf die Sache. Ich verlange für jeden Bericht dieselbe Prämie, die ich von der Abteilung Ia für jeden Bericht bekomme, und die Prämien von Abteilung Ia sind sehr hoch . . .**

Neumann fährt fort: Daraufhin faßte ich den Entschluß, Rausch einen Denkzettel zu geben. Ich glaube, mit niemandem von der Gruppe darüber etwas gesprochen zu haben. Innerlich jedoch hatte ich nicht die Absicht, Rausch zu töten, sondern lediglich ihn zu verwunden. Deshalb habe ich mir auch vorbehalten, selbst auf Rausch zu schießen. (Rausch ist erst zwei Monate nach dem Anschlag auf ihn gestorben. Ueber die sehr merkwürdigen Umstände bei seinem Tode ausführlich im morgigen Bericht.)



**Kohl-Aera-Plantage des Herrn Staatsanwalt**

# Die bayrische Ordnungszelle

### Lehren für das deutsche Proletariat

Von Wilh. Olschewski, München

(Originalbericht für den „Klassenkampf")

(Fortsetzung.)

Dem ersten Ministerium Kahr folgte das Ministerium Lerchenfeld. Kahr hatte sich bemüht, die Einwohnerwehr für Bayern zu retten, indem er den von der sozialistischen Regierung Hoffmann begonnenen Kommunistenschreck noch weiter ausbreitete. Dem Auslande gegenüber war die Gefahr des Bolschewismus ausgerechnet in Bayern jedoch nicht mehr aufrecht zu erhalten. Lerchenfeld löste offiziell die bayrische Einwohnerwehr auf und war auch gezwungen, den Ausnahmezustand, der bis dahin ununterbrochen seit der Niederschlagung der Räterepublik bestanden hatte aufzuheben. Die Formen der Regierungsmethoden Kahrs blieben in ihrem Wesen bestehen, nur nach außen hin hatte man offiziell diesen beiden Maßnahmen der Reichsregierung Rechnung getragen.

Der Widerspruch der Urbayern gegen diese Nachgiebigkeit zwang Lerchenfeld schon nach einigen Monaten, seine Präsidentschaft niederzulegen. Es folgte die Regierung Knilling und damit die Auswirkung der Hitlerbewegung in höchster Entwicklung. Die Nationalsozialisten beherrschten nicht nur die Regierung, Polizei und Justiz, sondern auch die Straße in München und anderen Orten. Sie diktierte Knilling ihre Befehle. Es ist bekannt, in welcher Banditenart sich die Hitlertrupps betätigten. Arbeiter wurden überfallen und niedergeknallt, friedlich auf der Straße gehende Leute niedergeschlagen. Der Banditismus feierte in Bayern seine Triumphe. Keine Polizei, keine Justiz verhinderte die „vaterländische" Bewegung. Trieben diese Helden es dann gar zu sehr, dann hielt es die Regierung Knilling für angebracht, um dem Geschrei in der Presse der ganzen Welt über den Skandal in Bayern das Maul zu stopfen, einige Verbote von Versammlungen usw. zu erlassen, um die sich aber die „vaterländischen" Gesetzeshüter den Teufel scherten.

Die Sozialdemokratie sah all diesem Treiben tatenlos zu. Es war ja die Saat, die sie gesät hatte! Arbeiter konnten nicht mehr zusammenkommen, ohne in Gefahr zu geraten, als Marxisten ins Jenseits befördert zu werden. Die tapfere SPD. hatte nur eine ihrer alten Paroxsen neu aufgewärmt, indem sie den wütenden Proleten zurief: „Laßt Euch nicht provozieren!" Die Hitlerei hatte ihren Höhepunkt erreicht, als der 1. Mai 1923 kam. Zehntausend schwerbewaffnete Nationalsozialisten standen an diesem Tage auf Oberwiesenfeld. Geschütze und Munition war ihnen von der republikanischen Reichswehr in München geliefert worden. Sie waren bereit, die Staatsmacht an sich zu reißen und den verhaßten Marxisten den Garaus zu machen. Die Arbeiterschaft Münchens sah die Gefahr und drang in die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbureaukratie mit dem Verlangen, endlich aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den bedrohlichen Ereignissen herauszutreten. Diesem Drud mußte die Bonzekratie der SPD. nachgeben. Sie forderte die Arbeiter Münchens zu einer Demonstration auf der Theresienwiese auf. (Der Wiese, auf der Eisner die Massen Münchens am 7. November 1918 zusammengerufen hatte.). Die Arbeiter kamen zu Zehntausenden, aus den Betrieben eilten sie herbei, trotzig und entschlossen, zu kämpfen. Die Kommunistische Partei hatte nicht versäumt, den Massenbesuch zu propagieren und den Kampfgeist des Proletariats zu pflegen. Die Bourgeoisie erbebte unter dem Aufmarsch der Arbeiterbataillone. Als Hitler mit seinen Mannen die Situation überschaute, betam er Angst vor der eigenen Courage und das Herz fiel ihm in die Hosen. Ebenso erging es der Regierung Knilling, die den Aufmarsch der Hitler-Garden in jeder Weise befürwortet und gepflegt hatte. Sie sah, daß sie bei dem Feuer, daß sie geschürt hatte, sich nicht nur die Finger verbrennen könnte, sondern, daß ihr angesichts der entschlossenen Arbeitermasse noch viel Schlimmeres passieren könnte. Selbst-Meininger erklärte selbst, daß er sich die Masse auf der Theresienwiese angesehen hätte und sie entschlossen zu einem neuen 7. November sand. Das einzige Bestreben der Sozialdemokratie ging nun dahin, die Massen zu beschwichtigen und sie möglichst schnell und ruhig wieder von der Straße zu bringen. Auer und noch andere hielten ihre Reden. Schwulstig-revolutionär drohte man: Wenn die Reaktion — wenn — aber dann . . . . Nun aber geht ruhig und gesetzt, wie es sich für anständige Arbeiter gehört, heim . . . . Wir haben der Bourgeoisie unsere Kraft gezeigt, aber nun genug.

Und wieder gelang es, die in Bewegung gekommenen Massen zu überlisten. Der Kampfwille der Arbeiterschaft war vorerst wieder gebrochen, die Phrasen hatten ihre Schuldigkeit getan. Auer und Genossen ziehen sich vergnügt die Hände, und die Masse der Proleten ging wieder nach Hause, in dem Bewußtsein, wirklich revolutionäre Führer zu haben.

Vor einem offenen Angriff auf die Münchner Arbeiterschaft waren die Hitler-Garden wohl am Tage der Theresienwiese-Demonstration zurückgeschreckt, aber ihre sonstigen Methoden blieben dieselben. Die Aufgabe aber, die die völkische Bewegung speziell in Bayern im Interesse des Schwerkapitals übernommen hatte, begann auszuflauen. Unter der Maske des nationalen vaterländischen Gedankens hatte Hitler seine Mannen in Bewegung gesetzt und entwickelt. Man ließ der Hitler-Bewegung freien Lauf nur solange, als deutscher Großkapitalismus seine Geschäfte mit dem Ententekapitalismus noch nicht fest abgeschlossen hatte. Die aktiven Elemente der völkischen Bewegung drängten aber zum Loschlagen.

Inzwischen war aber der Pakt zustandegekommen zwischen den kapitalistischen Gruppen Deutschlands und den sogenannten Feindstaaten dahingehend, daß sie sich über ihre Profitanteile am Kadaver des besiegten Deutschland einigten. Hatte die Großindustrie bis dahin ein Interesse an der Propagierung der Hitler-Bewegung, als Gegenpol gegen die angebliche kommunistische Gefahr dem In- und Auslande gegenüber gehabt, änderte sich die Situation vollständig. Stinnes fuhr nach München und erklärte kategorisch, daß die Industrie jetzt unbedingt Ruhe brauche. Die Prätorianergarde des Großkapitals hatte ihre Schuldigkeit getan und sollte jetzt abtreten. Man entzog den nationalsozialistischen Verbänden und ihrer Presse die Subventionen. Bekanntlich spielten in der Folgezeit die finanziellen Schwierigkeiten der Völkischen eine große Rolle. Sie führten zur Aufgabe des größten Teils der Tageszeitungen der Völkischen. Unter diesen Umständen schlugen Hitler und Ludendorff am 8. November 1923 los. Die Bürgerbräukeller-Strategen hatten aber vergessen, daß ihre Aufgabe von ihrer Nährmutter als beendet betrachtet wurde. Unsere Aufgabe ist es nicht, die weiteren Ereignisse, die Rolle der Kahr, Lossow, Seisser, zu erörtern. Die Rolle dieser Herren war die gleiche, die die Führer der Sozialdemokratie in der Rätezeit 1919 der Räterepublik gegenüber spielten, wo Minister Schneppenhorst bekanntlich erklärte: „Wir mußten die Finger dazwischen haben, um die Sache im richtigen Moment schmeißen zu können." Nur benahm sich die Bayrische Volksparteiregierung sehr viel nobler gegenüber ihren Klassengenossen, als die sozialdemokratische Regierung Hoffmann gegenüber ihren Klassengenossen den Räterepublikanern. Die Völkischen hatten den Putsch gemacht und die Kommunisten wurden dafür eingekerkert. Der Ausnahmezustand, der im September 1923 wieder auch offiziell verhängt wurde, mißtete gegen die Kommunisten unter der Regierung des ungekrönten absoluten Königs Kahr in der schärfsten Weise. Man warf Genossen, die Besprechungen abhielten, um zur Abwehr der Hitler-Angriffe Stellung zu nehmen, in Festung, Gefängnisse und Zuchthaus, wo sie heute noch sitzen. Ueber ein halbes Hundert steckte man in Schutzhaft. Die Presse und kommunistische Literatur, die bisher wenigstens von dem außerbayrischen Deutschland nach Bayern gelangen konnte, wurde ebenfalls vollständig verboten. Sogar Marx „Kapital" und das Kommunistische Manifest verfielen der Zensur.

(Fortsetzung und Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250216-14/fragment/page=0003

# Aus der Gewerkschaftsbewegung

## Lohnverhandlungen für die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands

Am Donnerstag, dem 12. Februar, haben in Magdeburg zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband einerseits und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter andererseits für die Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands Lohnverhandlungen stattgefunden. Trotz der veränderten Wirtschaftslage und trotzdem seit dem Monat Oktober 1924 keine Lohnänderungen vorgekommen waren, **lehnte der Arbeitgeberverband eine Lohnerhöhung ab.** Von seiten des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter war eine Forderung von 5 Pf. Erhöhung pro Stunde aufgestellt worden. Da nach stundenlangen Verhandlungen keine Regelung erzielt wurde, trat das Bezirksschiedsgericht zusammen und unter dem Vorsitz des Gewerberats Haars wurde folgender Schiedsspruch verkündet:

1. Der Spitzenlohn wird mit Wirkung ab 1. Februar bis zum 31. März um 2 Pfennig (!) erhöht.
2. Die Ortsklassenspannen werden auf 2 resp. 3 Pf. zusammengelegt.
3. Die Vorarbeiterzulage beträgt 5 Pf. pro Stunde.

Auf Grund dieses Schiedsspruches wirken sich die Löhne innerhalb der Stadtgemeinde Halle wie folgt aus:

| Lohngruppe | I | II | III | IV | V | VI | VII | VIII | IX | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Stundenlohn | 60 | 58 | 51 | 48 | 45 | 40 | 34 | 30 | 29 | Pf. |
| Hausstandsgeld | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | Pf. |
| Kindergeld | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | Pf. |
| Lohn für einen Verheirat. mit 1 Kind | 66 | 64 | 57 | 54 | 51 | 46 | 40 | 36 | 35 | Pf. |

Hierzu tritt für Vorarbeiter und Schichtführer eine stündliche Zulage von 5 Pf.

Die Parteien haben für diesen Schiedsspruch eine Erklärungsfrist bis zum 19. Februar. Die Reformisten vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben „in Anbetracht der augenblicklichen Verhältnisse" und des „Wirtschaftsfriedens" sich bereit erklärt, diesen Lohn anzunehmen, falls auch vom Arbeitgeberverband eine Zustimmung erfolgte. Die Gemeindearbeiter sehen also, daß sie sich menschenwürdige Löhne nur im Kampf gegen den Arbeitgeberverband und gegen die Reformisten im Staats- und Gemeindearbeiterverband erzwingen können.

**Staats- und Gemeindearbeiter! Protestiert dagegen, daß man Euch mit einigen Pfennigen verhungern lassen will. Stellt konkrete Forderungen auf. Es geht um Eure Existenz!**

## Lohnverhandlungen in der Zeitzer Klavier- und Möbelindustrie

### Die reformistischen Bonzen würgen berechtigte Streiks ab

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter)

Der Lohntarif vom vorigen Jahre lief bis zum 24. Dezember. Schon dieser war mit Mühe und Not angenommen worden. Jedoch am 15. Januar 1925 wurde in einer Sektionsversammlung der alte Lohn und Tarifvertrag gekündigt. Die neue Forderung auf Lohnerhöhung betrug 8 Pf. Nun verging eine geraume Zeit, bis sich schließlich die Zeitzer Arbeitgeber dazu herbeiließen und 1 Pf. (!) Zulage anboten. Auf dieses Angebot der Unternehmer war eine allgemeine Empörung unter den Holzarbeitern. Der Angestellte vom Holzarbeiter-Verband, Hopf, hatte es wahrscheinlich gemerkt, daß eine Streikstimmung unter den Kollegen vorhanden war. Bei den vorigen Verhandlungen war es ihm nun mit Mühe und Not gelungen, einen Streik zu verhindern. Nun glaubte er, daß ihm es diesmal nicht allein gelingen würde und so rief er seinen Freund Thielemann vom Hauptvorstand aus Leipzig zu Hilfe. Kurz vor der nächsten Sektionsversammlung hatten sich die Arbeitgeber bereit erklärt, zu verhandeln. Der Verhandlungstag fiel also einen Tag später, als die Versammlung. Somit war Hopf nochmals über den Berg. Die entscheidende Versammlung war verzögert. Sie fand nunmehr am 22. Januar statt; da konnte er wieder große Töne schwingen, was er mit seinem Freund Thielemann redlich tat.

Der Versammlungstag kam heran. Mit dem großen Tamtam eines angesagten Streikes, war die Versammlung sehr gut besucht. Der Angestellte Hopf gab den Bericht, daß sie lange getagt hätten mit den Arbeitgebern, es hätten heiße Redeschlachten stattgefunden (der Schweiß habe ihm auf der Stirn nur so geperlt!) und rühmte die vollbrachte Heldentat, den Unternehmern 3 Pf. abgehandelt zu haben. Das Geld würde jedoch erst vom 15. Januar an ausgezahlt werden, aber vom 11. Februar gibt es nochmals 2 Pf. mehr. Dieser Lohnvertrag läuft bis zum 1. April. Diesen Lohnvertrag habe die Lohnkommission auch unterschrieben. Es sei ein „kolossaler Erfolg". Die Kollegen hatte man aber nach ihrer Meinung, ob sie damit einverstanden sind, nicht gefragt. Darüber entstand eine allgemeine Empörung unter den Mitgliedern. Thielemann merkte, daß sie hiermit an die falsche Adresse gekommen waren und nun ging er ins Gefecht und versuchte mit allerhand demagogischen Mätzchen, der Situation Herr zu werden. Es gelang ihm leider auch zum Teil. Er erzählte vom Kampf der sächsischen Kollegen, die 27 Wochen streikten, und es sei nicht so leicht, heute einen Kampf aufzunehmen. Auch sei der eine Pfennig kein großes Objekt, daß man gleich streiken wolle. Er verdrehte die Wahrheit; denn es drehte sich hier um 3 Pf. Mit allerhand dergleichen Mätzchen versuchte er die Kollegen zu übertölpeln. Schließlich kam es zur Abstimmung über die Annahme der 3 Pf. bzw. 5 Pf.

Trotz allem Geschwätzes Thielemanns waren einige hundert Kollegen dafür. Sie bekamen keine Majorität. Thielemann und Hopf saßen arg in der Klemme. Das hatten sie nicht vermutet. Sofort machten sie die Abstimmung rückgängig, denn es wurde ernst. Die Bremserei ging von neuem los. Man führte u. a. aus, es gebe wegen Mangels an Geld sehr wenig Streikunterstützung. Das zog. Und bei der zweiten Abstimmung war die Mehrheit vorhanden. Dieses Theater wurde sogar SPD.-Arbeitern zu bunt. Sie machten ihrem Herzen Luft durch Zwischenrufe. Wieder einmal hatten die Verbandsbureaukraten die Proleten über die Ohren gelöffelt. Sicher haben dann Thielemann und Hopf usw. ihrer Sieg „über das Proletariat" bei Frenzel im „Felsenkeller" tüchtig begossen.

*

Mit der Finte der wenigen Streikunterstützung jagten sie die Kollegen ins Bockshorn. Selbstverständlich ist dies zu verstehen, daß Familienväter keinen Streik führen können ohne Unterstützung. Aber wo bleiben denn unsere Beiträge? Wurden diese doch erhöht bis auf 1,10 Mark. Doch da bringt uns der Barmat-Skandal gute Enthüllungen, wie mit Gewerkschaftsgeldern gewirtschaftet wird. Dem Großkapitalisten und Engros-Schieber haben wir unsere Gelder in den Rachen geworfen, die wir ruhig auf das Verlustkonto schreiben können. Für diesen Lumpen haben sie es ausgegeben und dafür gute Entschädigungen erhalten. Wenn wir jedoch um eine Lohnforderung kämpfen wollen, ist kein Geld da.

Das sollten sich die Kollegen merken für die Zukunft und bei Wahlen revolutionäre Kollegen in die Leitung wählen, daß wir eine aktive Klassenkampforganisation werden!

## Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe

Vom Zimmererverband, Zahlstelle Halle a. d. S., wird uns geschrieben:

Die im Oktober vorigen Jahres nach erheblichen Schwierigkeiten zustandegekommene Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe ist nach einer Mitteilung der Reichsarbeitsverwaltung vom 15. Januar 1925 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Durch diese Vereinbarung sind die Bau- und Platzdelegierten die rechtmäßigen Vertreter der Bauarbeiter auf allen Bauten und Plätzen. Dieses Recht muß mit aller Entschiedenheit, nachdrücklichster Energie und größtem Ernst vorgenommen werden, ist es doch die Voraussetzung für die Wahrnehmung der Rechte, für das Bestehen der Betriebsvertretung selbst. Das umständliche Wahlverfahren nach dem Betriebsrätegesetz fällt für das Baugewerbe fort. Das vereinfachte Verfahren der Ernennung der Delegierten auf der Baustelle bedeutet zugleich die Pflicht der Arbeiter, dieses Recht in Anspruch zu nehmen. Findet eine Wahl oder eine Ernennung durch die Belegschaft nicht statt, dann sind die Vertragsträger unverzüglich berechtigt, einen Kollegen zu bestimmen. Die Namen der gewählten oder bestimmten Kollegen sind dem Unternehmer sofort schriftlich mitzuteilen. Der Unternehmer muß die Gemeldeten bestätigen und das Verzeichnis der Bestätigten an einer jedermann zugänglichen Stelle auf dem Bau- oder Zimmerplatz (vor Witterungs- und sonstigen Einflüssen geschützt) anbringen. Erst dann, wenn die schriftliche Bestätigung vorliegt, genießen die Delegierten den rechtlichen Schutz. Darum ist auch auf dieses unter allen Umständen genau zu achten. Zur Wahrnehmung der Rechte der Delegierten ist engstes Zusammenarbeiten mit der Organisation erforderlich; nur dann wird jeder Delegierte restlosen Schutz vor jeder Willkür haben. Die Baudelegierten haben in diesem Zusammenhange zur Gewinnung der noch nicht den Bauarbeiterorganisationen angehörenden Arbeiter Sorge zu tragen. Denn ohne starke Organisationen kann keine Betriebsvertretung erfolgreich arbeiten, um so mehr, da das Baugewerbe zurzeit noch vertragslos ist.

Die im alten Vertrag festgelegten sozialpolitischen Rechte, welche die Bauarbeiter damals für sich in Anspruch nehmen konnten, existieren fast überhaupt nicht mehr. Diese müssen von den Belegschaften wieder neu erhoben und gefordert werden. Voraussetzung dabei ist aber auch das Konformgehen mit der zuständigen Organisation. Die Baudelegierten haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer zu vertreten. Sie haben weiter ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfallgefahren auf der Baustelle zu richten. Die in Betracht kommenden Stellen sind bei der Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen. Wird doch mit dem Leben und der Gesundheit des Bauarbeiters frevelhaftes Spiel getrieben. In einem widerspricht die Allgemeinverbindlichkeit der Auffassung der baugewerblichen Arbeiter: diese ist nicht ausgedehnt worden auf Betriebe, welche nicht dauernd Baubetriebe sind. Sie erstreckt sich ferner nicht auf das Arbeitsverhältnis von Bauarbeitern, die in Betrieben der Reichs-, Staats- oder Kommunalverwaltungen ständig beschäftigt sind. Das ist die gleiche Ausnahme, wie sie früher seitens der Reichsarbeitsverwaltung gemacht worden ist.

## K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

**Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld**

Zschornewitz. Funktionärversammlung Montag, 16. Februar, 8 Uhr, bei Gossing.
Zschornewitz. Mitgliederversammlung Dienstag, 17. Februar, 8 Uhr, Koloniegasthof.
Zschornewitz. Oeffentl. Volksversamml. Freitag, 20. Febr., 8 Uhr, Koloniegasthof.
Zschernddorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 18. Februar, 8 Uhr, bei Schröter.
Riemegk. Mitgliederversammlung Donnerstag, 19. Februar, abends 8 Uhr.

**Kreis Zeitz**

Zeitz. Generalprobe für Breitenbach Dienstag, 17. Febr., 8 Uhr, im Jugendheim.
Zeitz. Oeffentl. Volksversamml. Freitag, 20. Februar, 8 Uhr, in der „Reichshalle".

**Unterbezirk Torgau-Liebenwerda**

Kreuschütz. Mitgliederversammlung Montag, 16. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.
Stolzenhain. Mitgliederversammlung Dienstag, 17. Februar, 8 Uhr, Gasthof Thiele.
Ortrand. Mitgliederversammlung Mittwoch, 18. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.
Prösen. Mitgliederversammlung Donnerstag, 19. Februar, 8 Uhr, bei Teuring.
Dollshaida. Mitgliederversammlung Freitag 20. Februar, 8 Uhr, Gasthof Anmei.
Bockwitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, 21. Februar, 8 Uhr, im „Volkshaus".

## Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

**Ortsgruppe Halle**

Fahrscheine für Bitterfeld sind zum Preise für 1,20 Mark bei den Bezirksführern erhältlich.
Werbebezirk Nord. Montag abend 1/28 Uhr bei Rottrott, Triftstr.: Funktionärsitzung.
Werbebezirk West. Montag, 16. Februar, bei Polzin: Werbebezirksversammlung.
Abtlg. 11. Montag, 16. Febr., 8 Uhr, „Braustübl", Freiimfelder Straße: Versamml.
Bezirk 3 (West). Dienstag, 17. Febr., 8 Uhr, in der „Produktiv": Versammlung.

**Jungsturm.**

Jungsturm. Alle Kameraden, welche sich an der Fahrt nach Bitterfeld beteiligen wollen, melden sich bei ihren Abteilungsführern.

**Halle-Saalkreis**

Ammendorf. Montag, 16. Febr., 8 Uhr, im „Burgschlößchen": Wicht. Mitgliederversl.
Nietleben. Dienstag abend 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

**Kreis Weißenfels**

Weißenfels. Dienstag, 17. Febr., 8 Uhr, bei Pfannschmidt: Spielmannszug-Uebung.


Ich habe eine glänzende Idee,

wie man in der jetzigen Zeit spart, ohne seine Gewohnheiten zu ändern und ohne sich einzuschränken.

Wenn Sie Ihr Leben gemütlicher gestalten wollen, dann beachten Sie mein Erscheinen genau. Das Nächstemal stelle ich mich Ihnen vor.

Auf Wiedersehn!

1 *58

Keine Hausfrau darf es versäumen

Dienstag nach der

zu eilen

Nur infolge **Riesenfängen** unserer Dampfer kostet dieser mit eigenem Kühlwaggon beförderte, lebendfrische, fette, zarte, große

**Kabeljau** ohne Kopf . . das Pfund nur **28 Pf.**

**Karbonaden** vollständig bratfertige Scheiben . . ℔ **50 ₰**

Prachtvoller unausgenommener **Ostsee-Bratschellfisch**, wie lebend ℔ nur **20 ₰**

Wissenschaftler und Aerzte empfehlen Seefische als vollwertiges, leicht verdauliches Nahrungsmittel

Schnellste Bedienung, da über 30 geschulte Angestellte 270

Geöffnet von 1/28 bis 7 Uhr durchgehend
Großer Versand nach auswärts
Telephon 1274, 1275, 2705, 4966

**Ansichtskarten** empfiehlt die Volksbuchhandlung

**Pelzkragen** 168 **verloren** von Seeben bis elektr. Bahn Trotha. Geg. Belohnung abzugeb. Verkaufsstelle d. Allgem. Konsum-Ver., Landsberger Str. 13

**Weißenfels** 17 **Am Saalestrand** Morgen **Schlachtefest** Emil Illig.


## Familien-Nachrichten

Für die herzlichste Teilnahme beim Heimgange meiner teueren Entschlafenen sage ich hiermit allen die mich trösteten und unterstützten meinen innigsten Dank

104 In tiefer Trauer

**Paul Zenker und Kinder**

Reußen, den 13. Februar 1925

**Danksagung**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Genossen Riebenstahl, dem Arbeiter-Sängerchor, meinen Arbeitskollegen der Firma Heilmann & Littmann (Baustelle Büschdorf), sämtlichen Parteigenossinnen und -genossen, sowie allen Freunden, Verwandten und Bekannten

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Karl Ruß nebst Sohn**


**Nach wie vor** kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft **Schokoladen, Keks Kakao, Bonbon** sowie alle anderen **Süßigkeiten** bei der bekannten Schokoladen-Spezial-Großhandl. **Willy Voigt** Halle, Markt 6 [illegible] Ecke Schülershof. Tel 4736

**Schultafeln usw.** empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

**Der rote Heiland**
Novelle von **Hermynia zur Mühlen**
Verkauf zu Gunsten der erkrankten Dichterin durch die **Bez.-Zentral-Buchhandlung, Halle (S).**, Lerchenfeldstraße 14

**Arbeitsamt Eisleben**
Petristraße 9. 34 Tel. 131.
**Gesucht werden: Weibliche Abteilung:** Dienstmädchen, Friseurlehrling, Kindergärtnerin, ältere, Lehrfräulein für Geschäft, Mädchen für Stall, Reisedamen für Lebensversicherung, Wirtschafterin
**Berufsamt: (Lehrstellenvermittlung)** Gärtner, Bäcker, Maler

**Bekanntmachung**
**Ablauf der Zeitdauer verliehener Erbbegräbnis- und Reihengräber**
Erneuerungsanträge sind an uns einzureichen. Näheres im Bekanntmachungskasten vor dem Rathaus
Eisleben, den 4. Februar 1925
35 **Der Magistrat**

**Stadt-Theater**
Montag 7 1/2 Uhr **Wer weint um Juckenack?**
Dienstag 6 1/2 Uhr **Tristan u. Isolde** mit den Damen: Günzel-Dworski Boehmer 239 den Herren: Berghof, Paulus Böhmer, Timäus Kathammer Ende nach 11 Uhr
Mittwoch 7 1/2 Uhr **Schwanenweiß** mit den Damen: Voß-Andree, Boehmer, Günzel-Dworski, Seeiger Kirchhoff, Kühn den Herren: Andersen, Böhmer Kerzmann, Siegle

**Zweite Auflage!**
# Parteien
und Klassen im Spiegel der
# Reichstagswahlen
**Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane**
**Emil Eichhorn** M. d. R.

Die Broschüre ist 90 Seiten stark (mit Umschlag versehen) und kostet 80 Pf. Zu haben in der **Bezirks-Zentral-Buchhandlung der Produktiv-Genossenschaft**, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, oder deren auswärtige Filialen


**Unsere Trägerinnen kassieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250216-14/fragment/page=0004

## Halle und Saalkreis

### Der Kronprinz der deutschen Republik treibt groben Unfug in Halle

**Ein Sipomann schreibt ihn auf**

**Am Freitag fand bekanntlich eine Werbekundgebung der Mostrich-Jugend im „Wintergarten" statt. Fritz Ebert junior war Festredner.**

**Wie wir noch nach Redaktionsschluß erfahren, fuhren die Mostrichleute nach der Kundgebung durch die Straßen von Halle. Sie brüllten bei dieser Gelegenheit nach allen Regeln der Kunst. An der Ecke der Bernburger- und Ludwig-Wucherer-Straße wurde das Auto von einem Sipomann angehalten und die Namen der Insassen aufgeschrieben. Fritz Ebert jun. befand sich unter denen, die den ruhestörenden Lärm verursacht hatten. Ganz verdattert nannte er seinen Namen.**

*

Wir konstatieren mit Empörung die ungeheuerliche Tatsache, daß der Sohn des Herrn Reichspräsidenten es gewagt hat, die Ruhe und Ordnung der Republik zu stören. Was sich am Freitag in Halle zugetragen hat, ist ein Skandal sondergleichen.

Wir fordern rücksichtslose Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen den Verursacher des ruhestörenden Lärms. Dieser Landfriedensbruch muß aufs schärfste geahndet werden. Wir sind über den unglaublichen Vorfall derart empört, daß wir unserer Entrüstung kaum Luft zu machen vermögen. Wir fordern, daß mit Hilfe des Gesetzes zum Schutz der Republik nicht nur gegen Fritz Ebert jun. vorgegangen wird, sondern daß rücksichtslos die ganze regierende Familie belangt wird.

*

**Vielleicht wird einer unserer Humoristen dafür sorgen, daß mit unserer nächsten Nummer der Vorfall der Nachwelt überliefert wird.**

### Weiteres Ansteigen der Erwerbslosenziffern von Sachsen-Anhalt im Monat Januar

Der Monat Januar brachte eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Gestiegen sind die Zahlen der Arbeitsuchenden besonders in den Gruppen der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, im Bau- und Verkehrsgewerbe sowie in der Industrie der Nahrungsmittel. Daneben blieb jedoch in einer Reihe anderer Industriezweige die Lage schlecht. In der Metall- und Maschinenindustrie standen örtlichen Besserungserscheinungen erhebliche Einschränkungen gegenüber. In der Schuhindustrie arbeitete ein großer Teil der Betriebe verkürzt oder nahm Entlassungen vor. Auch das Schneidergewerbe, die Kamm- und Haarschmuckindustrie, sowie eine Reihe sonstiger Unternehmungen stießen ein Abbröckeln des Beschäftigungsgrades ertennen.

Der Zugang an Arbeitsuchenden bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen belief sich im Berichtsmonat auf 36 745 gegen 32 263 im Vormonat (!) Ende Januar waren 57 955 Arbeitsuchende vorgemerkt. Die gleiche Ziffer des Vormonats belief sich auf 49 428.

Die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen betrugen in Sachsen-Anhalt am 1. Februar 36 060. Hiervon entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 13 641, Merseburg 12 816, Erfurt 4562 und den Freistaat Anhalt 4741.

*

Angesichts dieser nüchternen Zahlen, die von amtlicher Seite herausgegeben wurden, also eher unter- als übertrieben sind, muß man feststellen, daß das Dawes-Abkommen immer gewaltigere Lasten und Verschlechterungen für die Lebenshaltung der Millionenmassen des Proletariats bringt. **Das deutsche Proletariat muß endlich den rücksichtslosen Kampf für das Sachverständigenguachten der Arbeiterklasse führen!**

### Es kommt immer besser!

Man schreibt uns:

Ein langjähriger Wohnungsinhaber in einem Grundstück an der Torstraße hat am vergangenen Sonnabend seinen Hauswirt um den Waschhausschlüssel, um etwas Wasser zum Baden heißzumachen, welches seit jeher getan wurde. Bisher stand das Waschhaus immer auf. Es wurde aber in jedem Falle um Erlaubnis gebeten. Die Schwiegertochter des Hauswirts, eine Berlinerin, schließt nun das Waschhaus zu, um besser kontrollieren zu können, da sie von den Mietern verlangt, daß für jeden Tag außer der Miete 15 Pf. Waschhausgeld bezahlt werden soll, auch wenn die Waschküche nur eine Stunde benützt wird.

Am betreffenden Sonnabend machte die junge Frau, als der Mieter sein Anliegen vorbrachte, einige schnippische Bemerkungen und wies den Mieter ab mit den Worten: **„Das gibts nicht. Wenden Sie sich an meinen Mann, wenn Sie was wollen."** Darauf warf sie ihm die Tür in ganz unverschämter Weise vor der Nase zu. Da der betreffende Hauswirt Inhaber eines Kohlengeschäftes ist, wurde im Hofe eine Fuhre Kohle abgeladen, wobei die Wirtin, der Sohn, der Knecht und die Käufer zugegen waren. Nun hat der Mieter dort um den Schlüssel und sagte, daß er 15 Pf. für Kesselbenützung bezahlen wolle. Da die junge Frau bemerkte, daß im Hofe nach dem Schlüssel gefragt wurde, kam sie schleunigst von oben herunter; wahrscheinlich in der Absicht, durch ihre Gegenwart ihren Ehemann zu beeinflussen. Nun kam der Mieter schön an: **Den Schlüssel gibt's nicht,** usw. Der Mieter, ein gereifter Mann, war natürlich empört über solche Unverschämtheit und sagte: „Gut, jetzt ist das Waschhaus leer." Ich schließe selber auf." Denn zufällig paßt der Korridorschlüssel des betreffenden Mieters auch zum Waschhaus.

Da wurde nun der Sohn noch „liebenswürdiger". Er sagte dem Mieter, **er wolle ihm eine ganze Fuhre Kohlen auf den Mann schmeißen, wenn er an das Waschhaus ginge.** Er äußerte sich sogar: „Wie die Hahen überhaupt den Schlüssel zum Waschhaus. Wenn einem etwas fehlt, dann wissen wir, wer es hat. Dann haben die es."

*

**Die Mieter werden von den Herrn Hauspaschas schikaniert und beschimpft, wo es nur irgend möglich ist. Wie sich die Hauswirte in einer Front gegen die Mieter zusammengeschlossen haben, so ist es für die Mieter unbedingt notwendig, dasselbe zu tun.** Der Fall, daß der in der Torstraße wohnhafte Kohlenhändler dem Mieter das Waschhaus verweigert hat, weil dieser sich warmes Wasser zum Baden machen wollte, ist geradezu skandalös. Aber dieser und ähnliche Fälle kommen tagtäglich vor. Daher ist es nur umso notwendiger, die Konsequenzen daraus zu ziehen, die wir bereits oben betonten: **Alle proletarischen Mieter müssen sich in eiserner Phalang gegen die Hauspaschas im Mieterbund zusammenschließen.**

# Für Mutter und Kind — gegen den Schandparagraphen 218

### Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat erneut den Kampf gegen die §§ 218/219 und für Mutter- und Kinderschutz aufgenommen. Durch Einbringung der folgenden Interpellation und Anträge will sie die Regierung und die Parteien zu einer Stellungnahme zwingen. Wisher sind alle in den Jahren seit 1918 im Reichstag zur Abtreibungsfrage eingebrachten Anträge in den Papierkorb gewandert, ohne überhaupt zur Verhandlung zu kommen. Die Sozialdemokraten, die in Versammlungen draußen den Frauen alles versprachen, besonders aber Dr. Radbruch als sozialdemokratischer Justizminister, hat nicht einmal den Versuch unternommen, seinen eigenen, unterzeichneten Antrag auf Straflosigkeit bei Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft zur Durchführung zu bringen. Die Rücksicht auf die Blockbrüder im Zentrum war stärker, als die Rücksicht auf die Forderungen der proletarischen Frauenmassen. Es gilt überall in Betrieben und Versammlungen das Vorgehen der kommunistischen Reichstagsfraktion zu unterstützen. Die unglücklichen Opfer der Schandparagraphen mögen an die Reichstagsfraktion Schilderungen ihrer Lage einsenden und damit das Anklagematerial gegen die kapitalistische Gesellschaft verstärken. Es gilt die Frauenmassen zu sammeln zum Kampfe gegen die kapitalistische Republik, die durch Abtreibungsparagraphen das Massensterben und Verderben der Proletarierkinder wettmachen will.

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgenden Antrag ein:

**Entwurf eines Gesetzes zum Schutze für Mutter und Kind**

§ 1

Die Gemeinden oder Gemeindeverbände haben folgende Einrichtungen zum Schutze für Mutter und Kind zu treffen:

1. Schwangerschaftsberatungsstellen, in denen alle Schwangeren ärztliche Beratung und Unterstützung ihrer materiellen Lage finden
2. Schwangeren- und Entbindungsheime in genügender Zahl, die allen Frauen zugänglich sind.
3. Anstellung von Hebammen und Wochenpflegerinnen sowie Lieferung der notwendigen Utensilien für Hausgeburten.
4. Heime für Mutter und Kind, in denen Mütter bis zu einem Jahr nach der Geburt Aufnahme, Behandlung und Pflege finden.
5. Obligatorische Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die durch periodische Untersuchungen der gesundheitlichen und sonstigen Lage der Säuglinge und Kleinkinder, den Müttern mit ärztlicher Hilfe und materieller Unterstützung zur Seite steht.
6. Obligatorische Kindergärten mit Verpflegung und ärztlicher Behandlung für Kinder vom dritten Lebensjahre bis zum Schulbeginn.

§ 2

Vorhandene private Einrichtungen der vorgenannten Art sind von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu übernehmen

§ 3

Die Benutzung aller auf Grund dieses Gesetzes geschaffenen Einrichtungen sowie die damit verbundene ärztliche Behandlung und besondere Verpflegung ist unentgeltlich.

Die Kosten werden den Gemeinden oder Gemeindeverbänden vom Reiche zurückerstattet

§ 4

**Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz**

Alle erwerbstätigen Frauen sind mindestens acht Wochen vor und nach der Niederkunft von jeder Arbeit befreit bei Weiterzahlung des vollen Lohnes.

Erwerbslose erhalten den Tariflohn ihrer Berufsgruppe.

Weiter wurde folgende Interpellation eingebracht:

Die stark zunehmende allgemeine Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Schichten findet ihren besonderen Ausdruck in dem Sinken der Geburtenziffer und dem Steigen der Sterblichkeitsziffer. Schon vom Mutterleibe an müssen Millionen von Kindern hungern und entbehren.

Die Denkschrift der preußischen Regierung vom Juli 1924 hat geradezu erschreckendes Material über die elenden Gesundheitsverhältnisse der Säuglinge und Kinder gebracht. Inzwischen haben sich aber die Zustände bedeutend verschlimmert.

In ihrer Verzweiflung greifen die Frauen immer mehr zum Mittel der Abtreibung.

Derselbe Staat aber, der sich völlig unfähig zeigt, die Kinder vor Hunger und Siechtum zu schützen und sie dem schlimmsten Elend überliefert, wirft Tausende von Frauen, die aus diesen Gründen Kinder nicht weiter gebären können, massenhaft in die Gefängnisse und Zuchthäuser.

Mit Recht wird die Erbitterung und Empörung über diese Zustände immer größer. In zahlreichen Kundgebungen haben die Frauen des werktätigen Volkes gefordert:

1. Aufhebung der §§ 218/219 des Strafgesetzbuches.
2. Amnestie für alle auf Grund dieser Paragraphen Verurteilten, ausgenommen diejenigen Verstöße gegen § 219, soweit die Tat unter Ausbeutung der Unerfahrenheit oder Notlage und in gewinnsüchtiger Absicht geschehen ist.
3. Einstellung aller Verfahren, die auf Grund der §§ 218/219 schweben.
4. Schaffung eines umfassenden Schutzes für Mutter und Kind.

Ist die Reichsregierung endlich bereit, den durch die §§ 218/219 entstandenen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen und die Forderungen der gesamten werktätigen Frauen durch gesetzliche Maßnahmen durchzuführen?

**Reichstagsfraktion der KPD.**

### Auch eine Berichtigung

Es ist unrichtig, daß nach dem Statut der Innungskrankenkasse der Bauinnung zu Halle a. d. S. und den Saalkreis vier Karenztage einbehalten werden und nach Ablauf einer zwölftägigen Krankheitsdauer zwei Tage nachträglich zur Auszahlung gelangen. Nach dem Statut wird vielmehr Krankengeld vor vierten Krankheitstage an gewährt und beträgt für Verheiratete 66⅔ Prozent des Grundlohnes. Bei länger als zwei Wochen andauernder Krankheit wird Krankengeld vom zweiten Tage der Arbeitsunfähigkeit gezahlt.

Die Geschäftsführung der Innungskrankenkasse der Bauinnung zu Halle a. d. S. und den Saalkreis.

Giese.

*

Wir stellen fest, daß die „Berichtigung" nun das enthält, was wir behauptet haben. Wozu also noch diese Berichtigung? Mit ihr schneidet sich Herr Giese nur selbst in den Finger.

*** Achtung, Bauarbeiter!** Morgen, Dienstag, den 17. Februar, abend 5/8 Uhr im „Volkspark" Mitgliederversammlung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter. Bericht von der Bezirkskonferenz und unsere Stellungnahme, Verbandsangelegenheiten. Verbandsbuch oder Ausweis ist vorzuzeigen.

**Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter,** Bezirksverein **Halle.**

*** Jung-Spartakus-Bund.** Dienstag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, Treffpunkt auf der Peißnitz zum Spielen.

*** Gefunden.** Eine Vormerkkarte vom Städtischen Arbeitsamt (Fachabteilung für Handel- und Transportgewerbe) auf den Namen lautend: Herbert Becker. Abzuholen auf dem Parteibureau, Lerchenfeldstraße 14 (Zimmer 5).

*** Unfall.** Am 15. 2. 25 gegen 8½ Uhr nachm. wurde in der Merseburger Straße ein 26jähriges Mädchen in hilflosem Zustande infolge Krämpfe aufgefunden. Es wurde zunächst der Polizeiwache zugeführt, von wo es mit dem Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht wurde.

*** Stadttheater.** Heute, Montag, 7½ Uhr, „Wer weint um Zuckenad?". Dienstag, 6½ Uhr, „Tristan und Isolde" mit Alfred Paulus vom Friedrichtheater Dessau als Kurwenal. Mittwoch „Schwanenweiß". Donnerstag „Der verlorene Sohn". Freitag, 7½ Uhr, „Wer weint um Zuckenad?". Sonnabend, 7½ Uhr, „Zigeunerbaron". — Die Oper bereitet für nächsten Sonntag Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Fritz Kollmann und Spielleitung von Hans Siegle vor. Als nächste Neueinstudierung des Schauspiels kommt Molière „Der Geizige" in der Bearbeitung von Ludwig Fulda.

### Diemitz

Nette Aussichten! In einer unserer letzten Nummern berichteten wir von einem H. aus Diemitz, der beim Revolvertreinigen durch eine Kugel verletzt wurde. Heute müssen wir wiederum von diesem Wehrwolf berichten. Kaum daß die erste Wunde geheilt ist, wird eine neue fabriziert. Lehrmeister zu diesen „Taten" findet man ja alle Tage in Halle, dort, wo die Bourgeoissöhne aus Uebermut sich die Visage „polieren". Auch der H. versuchte in diesem „Polieren" fingerfertig zu werden. Er nahm also einen Säbel zur Hand (wo mag er diese Waffe nur herhaben?), stellte sich Schulkindern gegenüber und fuchtelte mit dem Säbel in der Luft herum. Ein Schlag und ein Schrei. Der achtjährige R. lag auf der Strecke. Der Wehrwolf-Romdy hatte R. mit dem Säbel zwischen Daumen und Zeigefinger verletzt.

Auch dieser Vorfall muß von Hausbewohnern nicht bemerkt worden sein. Sonst wäre diese Sache doch schon eher an die Oeffentlichkeit gekommen. Aber nichts von dem. Beide Eltern haben dafür gesorgt, daß alles im Dunkeln bleibt.

Wären aber diese Vorfälle durch einen Kommunisten geschehen, dann, ja dann wäre schon längst die Polizei auf der Suche, auch wenn noch so viele Hindernisse überwunden werden müßten. Choleraba zillen sucht und findet man sofort, aber Wehrwölfe, die halb Menschenopfer auf dem Gewissen haben, findet man nicht.

### Kommunistische Jugend

Dienstag abend 7 Uhr wichtige Bezirksleitungssitzung. Erscheinen aller ist Pflicht.

**Bezirksleitung der KJD., Halle-Merseburg.**

### Berichtigung

**Der Präsident des Strafvollzugsamts.**
V. 175/Str. V. A. 62 II.

Berlin W 57, den 7. Februar 1925.

Unter Berufung auf § 11 des Reichspressegesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich in Beziehung auf den Artikel in Nr. 201 Ihrer Zeitung vom 27. Oktober 1924: „Klassenjustiz der demokratischen Republik" um Aufnahme der beigefügten Berichtigung in die nächste noch nicht druckfertige Nummer Ihrer Zeitung:

Der in Frage kommende Gefangene sollte Mitte Juni — nicht am 11. Juli — v. J. wegen Arbeitsverweigerung in Absonderung gebracht werden. Während der Abführung durch den Hauptwachtmeister Stahlberg und den Werkführer Weber schimpfte der Gefangene, hielt sich am Treppengeländer fest und warf sich auch zur Erde. Es ist nicht wahr, daß Weber ihn mit dem Fuße gestoßen hat, so daß der Gefangene die Treppe hinunterstürzte. Der Gefangene ist auch in dem vollwertige Hafträume enthaltenden Erdgeschoß, dem sogenannten Keller, weder von Weber noch von Stahlberg mißhandelt worden. Der Gefangene behauptet selbst nicht, daß er durch eine Aeußerung, wie: „Du Schwein, Dir werden wir schon helfen", beleidigt worden sei. Die Ermittelungen haben nicht ergeben, daß am 21. April 1924 ein Gefangener abgesondert und irgendwie von Beamten geschlagen worden ist.

Berlin, den 7. Februar 1925.

Der Präsident des Strafvollzugsamts.
(Unterschrift.)

*

Wir bringen die Berichtigung, obwohl **wir jedem Gefangenen mehr Glauben zu schenken uns gezwungen sehen,** als irgendeiner Institution der Republik, die nur ein Interesse daran hat, die barbarischen, vorsintflutlichen Zustände in den Gefängnissen Ebert-Deutschlands abzuleugnen oder zu verschleiern. Es ist nur zu viel Material über die barbarische Gefangenenbehandlung in deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen vorhanden, als daß man irgendeiner „Berichtigung" noch Glauben schenken könnte.

Die Gefangenen sind rechtlos, werden mißhandelt, leben in unmenschlichen Verhältnissen. Das sind Zustände, die nicht zu leugnen sind. In einer „Berichtigung" kann man allerdings alles schreiben. **Ein Gefangener kann ja die „Berichtigung" nicht berichtigen.** Nur von Zeit zu Zeit kommt einmal ein Mißstand aus den Mörderhöhlen der kapitalistischen Republik, Zuchthäuser und Gefängnisse genannt, offen ans Tageslicht. Die Arbeiter wissen also, was sie von „Berichtigungen", wie der oben abgedruckten, zu halten haben.

## Männer und Frauen, heraus zum Protest!

### Die Schließung des Kinderheimes Worpswede durch die Behörden der demokratischen Republik

**heißt das Thema, welches heute abend 8 Uhr im „Volkspark" in einer**

**öffentlichen Volksversammlung**

**behandelt wird.**

**Männer und Frauen! Erscheint in Massen und hört, was die neuesten Methoden zur Niederzwingung des deutschen Proletariats sind.**

**KPD., Ortsgr. Halle.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250216-14/fragment/page=0005

# Arbeiter-Sport

## Die Spaltungsbestrebungen der Luzerner und unsere Aufgaben

(Von einem Arbeitersportler)

Mit allen Mitteln versuchen die Anhänger der Barmat-Partei einen Keil in die Arbeitersportbewegung zu treiben. Den Wildung, Gellert, Koppisch und wie sie alle heißen ist eben alles recht, um den Arbeiter-Turn- und Sportbund ganz ins schwarzrotgelbe Fahrwasser zu bringen. Ein großer Teil der Mitglieder ist den Luzernern zu rot. Deshalb muß „gesiebt" werden. Wie peinlich berührt mag es diesen Herrschaften haben, als sie erfahren mußten, daß ihre eigenen Freunde, sei es als Innenminister, Polizeipräsident oder dergleichen, gegen Anhänger unseres Bundes mit Waffengewalt vorgingen. Die „radikalen Elemente" sollen eben gezwungen werden, einen neuen Bund zu gründen, den man dann als „kommunistisch" stempeln kann und der somit dem uneingeschränkten Terror der Polizei preisgegeben wäre. Die Herrschaften wollen so hübsch allein unter sich sein, wo ja nicht etwa mal das Wort Klassenkampf fällt.

Dieser Plan muß vereitelt werden. Ein Werk, was viele Sportgenossen mitgeschaffen haben, die heute auf Grund der Maulkorb- und Hausknechtsparagraphen leicht an die frische Luft gesetzt werden können, darf man nicht der Zerstörungswut einiger Fanatiker preisgeben. Genau wie in den Gewerkschaften muß auch hier die Parole sein: **Eroberung der Arbeitersportbewegung, Ausbau zu einer rein proletarischen Kampforganisation.**

Kein ehrlicher Arbeitersportler darf sich mit dem Gedanken einer eigenen Bundesgründung tragen. Das wäre eine Isolierung von den Mitgliedern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Schafft Aufklärung unter den jüngeren Bundesgenossen. Reißt den Luzernern bei jeder passenden Gelegenheit die Maske vom Gesicht! Mit aller Kraft müssen wir fordern, daß die Ausgeschlossenen wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden und die bestehenden Schandparagraphen beseitigt werden. **Wir wollen keine schwarzrotgelbe, sondern eine rote Sportbewegung!**

**Freier Wassersportverein E. V. Halle a. d. S.** Resultate vom Schwimmfest in Dessau: Männerseitschwimmen, 100 Meter: 1. Welle, Berlin, 1 Min. 20⅘ Sek.; 2. Charlottenburg, 1 Min. 21⅕ Sek.; 3. Henrig, Halle, 1 Min. 24 Sek. — Männerlagenstafette 4 × 100 Meter: 1. Leipzig, 5 Min. 30⅖ Sek.; 2. Magdeburg, 5 Min. 41¼ Sek.; 3. Halle, 5 Min. 51 Sek. — Männerjugendseitschwimmen 100 Meter: 1. Dessau, 1 Min. 21¼ Sek.; 2. Magdeburg, 1 Min. 31⅕ Sek.; 3. Roinjek, Halle, 1 Min. 31⅘ Sek. — Männerschwimmen, 100 Meter beliebig: 1. Petzold, Leipzig, 1 Min. 10⅘ Sek.; 2. Soadmann, Halle, 1 Min. 14 Sek.; 3. Hägebarth, Magdeburg, 1 Min. 18 Sek. — Frauenbruststafette, 4 × 50 Meter: 1. Halberstadt, 3 Min. 19 Sek.; 2. Halle, 3 Min. 36⅕ Sek.; 3. Dessau, 3 Min. 37 Sek. — Wasserballspiele: Halle Jugend — Aschersleben Jugend 3 : 0, Halle A. — Leipzig-Gautzsch A. 2 : 2.

**Box-Club International.** Dienstag, den 17. Februar, abends, finden in der Turnhalle des „Volkspark" die Bezirkskämpfe statt zwischen den Vereinen International und Germania-Felsenfest.

# Neues vom Tage

## Ein Arbeitsamtsdirektor, der Erwerbslosengelder unterschlägt

**Der Direktor des städtischen Arbeitsamtes Heidelberg, Herter, ist von der Staatanwaltschaft verhaftet worden. Es werden ihm Unterschlagungen bis zur Höhe von 16 000 Mark zur Last gelegt. Herter hat auf den Listen für die Erwerbslosenunterstützungen Namen geführt, die gar nicht existierten. Die dafür berechneten Beträge ließ er in seine Tasche fließen. Herter hat diese Unterschlagungen schon seit mehr als 1½ Jahren betrieben. So war es ihm gelungen, sich vor seinem Sommerurlaub 1924 rund 5000 Mark durch Listenfälschungen zu verschaffen. Er war als Beamter nach Gehaltsklasse XI besoldet. — Ueberall kleine und große Barmats!**

**Todbringende Schokolade.** Aus Paris wird gemeldet: In Montreal erkrankte eine ganze Familie nach dem Genuß von Schokolade. Ein 15jähriges Mädchen starb auf der Stelle, ihre Schwester liegt im Sterben. Die ganze Familie mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

**Der Brunnen für jedermann.** In einer süddeutschen Stadt wurde auf dem Marktplatz ein Brunnen errichtet. Ein erster Künstler war dazu herangezogen worden, und auf der Brunnensäule standen die freundlichen Verse: „Ein jeder soll nach seiner Lust genießen, Gar manchem Wandrer soll die Quelle fließen!" Nach einem Jahre ließ die Stadtverwaltung an dem Brunnen ein Schild befestigen: „Das Trinken aus diesem Brunnen ist polizeilich untersagt!"

**Eine ganze Familie durch Gas vergiftet.** Eine vierköpfige Familie, der Werkmeister Richter, seine Frau und seine beiden erwachsenen Söhne, sind in Köln durch Gasvergiftung ums Leben gekommen. Der Gashahn war nicht geschlossen worden und der Schlauch vom Herde abgefallen, so daß das Gas ausströmte.

# Gegen die SPD.-Verleumder

## Eine Antwort an das „Volksblatt" in Sachen des Gemeindearbeiter-Prozesses

Die SPD. steckt bis an die schwarzrotgelbe Halsbinde im Sumpf der Barmat-Korruption. Da hat sie in ihrer verzweifelten Lage scheinbar die Parole an ihre Blätter ausgegeben, einen Entlastungsversuch zu unternehmen durch wüste Angriffe auf die KPD. und ihre Führung. Vergebliches Mühen, wo einen Tag um den andern eine der sozialdemokratischen Barmat-Säulen kracht. Daraus weiß der ehrliche Arbeiter sehr wohl seine Schlußfolgerungen zu ziehen. Und er merkt den frechen, unverfrorenen Schwindel der Verteidigung des tadellosen Ehrenmannes Richter, den das hallische „Volksblatt" dieser Tage losließ, ganz leicht nach den Erfahrungen mit dem SPD.-Barmat-Bauer.

Ich habe also volles Verständnis für den Nebelbedarf der SPD. Aber ich möchte dem „Volksblatt" doch raten, die Sache nicht so plump zu betreiben, wie das am Sonnabend mit der Berichterstattung vom Gemeindearbeiterprozeß geschah. Dieser Schwindel ist nämlich so dick aufgetragen, daß ihn kein Mensch, außer vielleicht dem Einbläser und dem „Volksblatt"-Redakteur glaubt. Dabei werden die gemeinsten Verdächtigungen und Verleumdungen gegen mich losgelassen. Das wäre noch immer nicht genügend Grund für mich, dagegen zu schreiben; denn ich weiß längst, was ich in den Augen der Barmat-Stipendiaten, Heilmann-Verehrer, Bauer-Anbeter, Richter-Verteidiger alles bin. Aber wenn die Wahrheit der Tatsachen aus der Gerichtsverhandlung am Freitag geradezu vergewaltigt wird, um mir „eine Zeugenaussage zur Belastung der beschuldigten Arbeiter" vorzuwerfen, um die Schlußfolgerung zu ziehen, ich hätte die „Gewalt- und Verfolgungspolitik des Magistrats unterstützt", so kann ich diese Gemeinheiten nicht widerspruchslos passieren lassen.

Ich stelle also fest:

1. Es ist mir nicht eingefallen, mich als Zeugen aufzudrängen. Ich wußte, daß mein Zeugnis ohne Beeidigung und deshalb wohl ohne besonderen Nachdruck bleiben würde; denn ich sollte ja in jenem Prozeß Hauptangeklagter sein, wenn es nach dem Magistrat und der Staatsanwaltschaft gegangen wäre. Die inzwischen wiedereingetretene Abgeordneten-Immunität verdarb Magistrats-Scharfmachern und Klassenrichtern das Konzept. Tatsache ist aber, daß der Sozialdemokrat Flücht und sein Rechtsbeistand in Besprechungen der Prozeßbeteiligten meine Vernehmung für unbedingt notwendig erklärt haben.

2. Ich bin daraufhin von der Verteidigung dem Gericht als Zeuge namhaft gemacht, zunächst aber vom Richter abgelehnt worden. Genau wie Genosse Günther. Trotzdem verlangte die Verteidigung unser Erscheinen zum Termin, weil sie erneut unsere Vernehmung beantragen wollte. Denn diese erschien für den guten Ausgang des Prozesses wesentlich. Meine Vernehmung als Zeuge wurde dann vom Rechtsanwalt des Sozialdemokraten Flücht beantragt und daraufhin vom Gericht beschlossen.

3. Was den Inhalt meiner Aussage anlangt, über die das „Volksblatt" zwar kein Wort berichtet, aber desto ärger schwindelt, so stand es möglicherweise in einzelnen Punkten nicht vollkommen in Uebereinstimmung mit den Bekundungen der anderen Prozeßbeteiligten. Das lag wohl daran, daß Verabredungen nicht stattgefunden hatten, und weil ich mich in meiner Schilderung der Rathausvorgänge vor Gericht streng an die tatsächlichen Vorgänge hielt, von denen ich wußte, daß ihre Klarstellung zu Freisprechung der Beschuldigten unbedingt führen mußte. (Was ja auch eingetreten ist.)

4. Ich habe mich uneingeschränkt als Veranlasser der gemeinsamen Beratungen im Stadtverordnetensitzungssaal zwischen den anwesenden Stadtverordneten der KPD. und SPD. sowie den auf der Tribüne anwesenden, später durch mich in den Sitzungssaal gerufenen Arbeiter bekannt. Lediglich deshalb, weil es den Tatsachen entsprach. Deshalb konnte ich auch

5. die von den Sozialdemokraten gezimmerte Konstruktion nicht mitmachen, daß die Verhandlungen eine gemeinsame Fraktionssitzung von Kommunisten und Sozialdemokraten unter Hinzuziehung von Arbeitern gewesen wären. Die Fortsetzung der Verhandlungen im Stadtverordnetensitzungssaale **war eine bewußt unternommene politische Demonstration der kommunistischen Fraktion gegen die bürgerliche Mehrheit und den Stadtverordnetenvorsteher Busse, die die Beratung der kommunistischen Anträge zum Gemeindearbeiterstreik sabotiert hatten. Ich habe nach der Schließung der Sitzung durch Busse sofort laut in den Saal gerufen, das Verhalten der Bürgerlichen gegenüber den streikenden Gemeindearbeitern sei eine Gemeinheit, aber wir werden ohne die Bürgerlichen die Anträge zum Gemeindearbeiterstreik behandeln. Zur Teilnahme an diesen Verhandlungen habe ich bei Beginn der Tribünenräumung die Arbeiter in den Sitzungssaal gerufen.**

6. Das Geschwätz von der „gesetzlich erlaubten gemeinsamen Fraktionssitzung unter Teilnahme von Gästen", ist erst im späteren Verlauf der Demonstration von den Sozialdemokraten Müller, Schaumburg und Flücht aufgebracht worden, als sie vom Einsatz der Schupo ihres Parteifreundes Runge erfuhren und Schiß vor den Konsequenzen einer Handlung bekamen, die sie wirklich nicht aus eigenem Antriebe begannen, sondern unter dem Druck der spontanen kommunistischen Initiativaktion. Da also eine „gemeinsame Fraktionssitzung von KPD. und SPD." seit dem Bestehen der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht stattgefunden hat, ganz bestimmt wegen der grundsätzlichen Einstellung der KPD.-Fraktion nicht in diesem Falle, konnte ich etwas anderes vor Gericht nicht bezeugen. (Wie gesagt: Die lächerliche sozialdemokratische Verteidigungsstrategie geht mich nichts an. Zu allerletzt habe ich Lust, deswegen die Stadtverordnetenfraktion und mich selbst politisch zu kompromittieren.)

7. Meine Aussage hat vollkommen klargestellt, daß ich die **Verantwortung** für jede meiner Handlungen vom 31. Oktober 1924 zu tragen bereit bin. Ich habe mich zur Fortführung der Verhandlungen bekannt, habe mit Nachdruck meine Aufforderung an die Tribünenbesucher zum Erscheinen im Saal betont, habe meine Weigerung zu ihrer Entfernung gegenüber dem Stadtsekretär Ebeling erklärt.

8. Hierauf begründeten die beiden Rechtsanwälte, im ersten Teil seiner Rede auch der Staatsanwalt, ihre Darlegungen für **Schuldlosigkeit** der Arbeiter und Freisprechung. Hierauf begründete am Ende auch das Gericht das freisprechende Urteil.

9. Wenn also die sozialdemokratischen Jammerlappen mit ihrer Konstruktion kein Glück hatten, wenn der Gernegroß-Flücht aus Wut darüber, daß neben seinen theatralischen Wichtigtuereien vor Gericht auch noch andere, vernünftigere Ausführungen gemacht wurden, mich im Gewerkschaftskartell ebenso frech verleumdete, wie das auf seine Einbläserei hin auch in dem Gerichtsbericht des „Volksblatt" geschehen ist — so wissen die Leser des „Klassenkampf" jetzt, weshalb diese Unverschämtheiten losgelassen wurden. Es ist ein Gegenangriff der SPD. zur Entlastung der Angriffe der KPD. auf die versumpfte Barmat-Bauer-Richter-Partei.

Wenn ich auf die Gerichtsverhandlung noch einmal so ausführlich eingegangen bin, dann geschah es aus dem Grunde, nicht, weil ich glaubte, die Arbeiter würden den SPD.-Schwindel für wahr halten, sondern um im Interesse der KPD.-Stadtverordnetenfraktion und der Partei die geschichtliche Wahrheit über die Vorgänge am 31. Oktober 1924 festzustellen. Persönlich vermag mich das „Volksblatt" nicht zu beleidigen — ich habe das erst kürzlich erklärt —, auch wenn es schreiben sollte, daß ich für alles Schlechte, Unangenehme verantwortlich bin, was in Halle passiert. Denn das ginge ja über meine Kraft; wie sollte ich z. B. die Verantwortung tragen können für die Flücht-Kasparek-Schaum(burg)-schlägereien? Oder was kann ich, der nach dem „Volksblatt" dem „Magistrat bei der Niederknüppelung der Gemeindearbeiter" helfen soll, schließlich dazu, wenn Petersdorff in den letzten Sitzungen der Stadtverordneten mehreremale erklärte, so wie er vom Oberbürgermeister Rive jetzt vertreten werde, gefalle ihm der Magistrat?

O. Kilian.

**Im Sturm gekentert.** In der Hochwuchter Bucht bei Lübeck kenterte bei einem Sturm ein Fischerboot; die drei Insassen ertranken.

**Sturmschäden an der bretonischen Küste.** Ueber der bretonischen Küste wehen seit einigen Tagen heftige Stürme. 15 Fischdampfer konnten wegen des schweren Wellenganges nicht in ihre Ausgangshäfen zurückkehren. Zwölf Meilen von Margate ist ein unbekanntes Schiff, offenbar ein Passagierdampfer, gestrandet.

**Absturz eines Fliegers.** Ein Flugzeug des französischen Luftgeschwaders, das vor etwa zehn Tagen nach dem Tschadsee aufbrach, ist abgestürzt. Ein Sergeant ist tot; Oberst Villemin, der Leiter und Reorganisator des französischen Flugwesens, ein Hauptmann und ein Sergeant sind schwer verletzt.

**Beim Spiel mit einer Bombe getötet.** Bei Feltra (Italien) fanden zwei Kinder eine Bombe, welche beim Spielen explodierte, wodurch die beiden Kinder getötet wurden.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

**Postbezieher!**

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für März erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht. **Der Verlag.**

# Meß-Mend

23

Roman von Jim Dollar

„Beauty!" rief Tingsmaster.

„Jungens; schaut mal den Hund an", rief Tom.

Der Hund zitterte an allen Gliedern, gähnte als wenn man ihm das Maul gewaltsam mit einer Zange öffnete, das Fell stand ihm zu Berge.

„Ich habe Dir doch gesagt, Mic, ich habe Dir doch gesagt", murmelte Tom entsetzt, „binde nicht mit dem Teufel an! Du richtest ja den Hund zugrunde!"

Aber auch Tingsmaster schien verwundert, zumal auch ihn eine unbegreifliche Gähnlust befiel. Aber er sah nicht mehr den Hund an, sondern das Fenster, die Läden und die Vorhänge. Er stellte einen Stuhl an die Wand, sprang hinauf und begann die Tüllgardinen abzutasten, deren Falten bis zu der Diele reichten. Jetzt schien er etwas gefunden zu haben, — er riß es ab und sprang herunter. Man vernahm ein Geräusch wie von einem zerrissenen Bindfaden. In derselben Sekunde hörte der Hund zu zittern auf, er hob seinen Kopf zu seinem Herrn und begann zu wedeln.

Tingsmaster trat zu Tom und Van-Gopp und öffnete die Hand. Es war eine runde, kleine Glasscheibe von seltsamer Farbe, — mit jenem milchig-trüben Schimmer, wie man ihn in den Augen eines neugeborenen Kalbs bemerkt.

„Fabonit", sagte Mic, die Hand sofort wieder verschließend, „der Techniker Sorrow wird Euch darüber interessante Dinge erzählen können. Es ist ein künstlicher Stein, den der Chemiker Fabio-Duzzi vor etwa anderthalb Jahren in Frankreich hergestellt hat. Ich begreife nicht, wie er hierher geraten ist. Dieses Ding kann eine ganze Armee einschläfern, wenn man starke Lichtstrahlen gegen seine Oberfläche richtet."

Er steckte den Stein in die Tasche und trat wieder zu der Luke.

„Beauty, mein guter Beauty, komm' mal her!"

Diesmal näherte sich Beauty ihrem Herrn ohne die geringste Angst. Aber die Luft, die aus dem unterirdischen Gang herauskam, wirkte auf sie offenbar erregend. Das Fell auf dem Rücken sträubte sich, die Nüstern zuckten. Tingsmaster nahm den Kopf des Tieres in beide Hände und blickte aufmerksam in seine klugen Augen.

„Beauty", sagte er langsam, „geh in dieses Loch hinein, laß dich von niemand fassen. Such' nach dem andern Ausgang. Komm' nach Midletown zurück und zeige uns allen diesen Ausgang!"

Beauty winselte leise und stieß mit der Nase gegen ihren Herrn.

„Geh! Eins — zwei — drei!"

Beauty warf einen letzten Blick auf die drei vor der Luke stehenden Menschen, wedelte und verschwand blitzschnell in der Oeffnung. Etwa zehn Minuten vergingen — alle drei standen wartend da und hörten aufmerksam auf die Geräusche. Aber alles blieb still, der Hund kam nicht mehr zurück.

Jetzt schloß Tingsmaster die Oeffnung, hing wieder den Kalender an die alte Stelle, wie er gehangen hatte, stellte alle Gegenstände an ihren Platz und verließ zusammen mit den Kameraden das Zimmer.

### Die Docks von Harvey

Drei Meilen von Neuyork, auf dem Wege nach Sweton, liegen die berühmten Harvey-Docks. Der Dampfer „Torpedo" wurde hier repariert und stand nun zur Abfahrt bereit. Er war von innen und außen blitzblank gescheuert, geflickt, gestrichen, — die zahllosen runden Augen der Kajüten funkelten den Beschauer an.

Die Matrosen hatten keine Lust mehr, in der Stadt herumzuschlendern und auch kein Geld, es zu vertrinken; sie saßen in der Maschinenabteilung und unterhielten sich freundschaftlich. Ein dichter Tabakrauch umwölkte alle Gegenstände. Die Matrosen erzählten sich furchtbare Geschichten und vertrieben sich so die Zeit, die ihnen bis zur Abfahrt blieb.

„Nun, Jungens", sagte der neue Mechaniker, der vom Dockarbeiterverband der Administration des Dampfers empfohlen war, ein lustiger Schottländer namens Bisk: „Der ‚Torpedo' kann sofort in See stechen, — wir haben ihn gut hergerichtet. Die Gebrüder Duglas & Borley können zufrieden sein."

„Wenn nur der Kapitän zufrieden ist", erwiderte finster der alte Matrose Xaverius, der bisher geschwiegen hatte, „die Gebrüder Duglas & Borley haben das Maul zu halten."

„Schweig!" schrie ihn ein totbleicher Matrose an, dessen Augen schwarz umrändert waren. Es war Dahn, der noch vor kurzem muntere, tollkühne Bursche, Freund und Kumpan des verunglückten Dipp; jetzt war er ein zusammengebrochener Mann, der mehr dem Schatten eines Menschen, als diesem selbst glich. „Was ist mit Dir geschehen, bist ja wahrhaftig ein ängstliches Frauenzimmer geworden!" erwiderte Xaver ärgerlich. „Was Xaverius laut sagt, das kann getrost jeder hören. Ich bin kein Narr, ich weiß, was ich rede. Du bist jetzt drei Tage hier", wandte er sich wieder an Bisk, „wenn Du noch weitere drei Tage hier gewesen bist, dann wirst Du den Tag verfluchen, der Dich auf unsern ‚Torpedo' gebracht hat."

„Na, das werden wir noch sehen!" lachte Bisk. „Unsereiner hat auch schon manches erlebt. Wer ist denn jetzt der Kapitän, ist es nicht Jackson aus Hammerforth?"

„Jackson ist schon seit einem Jahr fort. Das war ein Kapitän, wie er sein soll. Ueber Jackson wird keiner was Schlechtes sagen, auch wenn er dreimal besoffen ist. Jetzt haben wir . . ."

„Schweig!" unterbrach ihn wieder Dahn, wie im Fieber am ganzen Körper zitternd.

Dieses Mal schien der alte Xaverius Dahns Rat folgen zu wollen. Er schloß jedenfalls den Mund und brach ab.

„Wie heißt der neue Kapitän?" fragte Bisk, die anderen Matrosen ansehend. Ihre Gesichter waren finster. Jemand antwortete sichtlich ungern:

„Kapitän Gregoire."

„Ist er denn ein Franzose?"

„Franzose oder Teufel", mischte sich wieder Xaverius ein, „fest ist, daß er brennend rot ist. Diese Farbe gehörte nicht auf die See. Wenn Du rotes Haar hast, dann laß' Dich auf einer Bank oder sonstwo anstellen und steck' Deine Nase nicht auf die See hinaus, wenn Du nicht die ganze Besatzung ins Unglück stürzen willst. Es ist noch nicht vorgekommen, daß der Ozean sich einen roten Mann an Bord hat gefallen lassen."

Das Gespräch brach ab. Die Matrosen hockten in dunklen Ecken, und man weiß nicht, ob es die schlechte Beleuchtung oder der Tabakrauch war, — aber ihre Gesichter sahen aschfahl aus.

Bisk verließ den Maschinenraum, machte etwa hundert Schritte, sah sich prüfend um, fuhr mit dem Finger über die Eisenplatte der Wand und schlüpfte in den plötzlich entstandenen Spalt hinein. Die Wand schloß sich sofort wieder und Bisk befand sich in einer winzigen, aber sehr gemütlichen Kajüte mit einem Ventilator an der Decke und einer seitlich angebrachten elektrischen Lampe. Die Werftarbeiter hatten diese geheime Kabine für ihre Zwecke gebaut. Vor Bisk auf dem Tisch lag ein Heft, in die Tischplatte war ein Tintenfaß eingelassen, eine Feder hing an einer langen, dünnen Kette. Bisk schlug die erste Seite des Hefts auf.

„Bericht von Bisk

über die Fahrt auf dem „Torpedo"

schrieb er am Kopfende nieder. Dann folgte der erste Bericht:

„Die Persönlichkeit des Kapitäns Gregoire ist, nach den Erzählungen der Matrosen zu urteilen, sehr verdächtig. Es sind insgesamt 980 Passagiere eingetragen. Von ihnen fährt keiner nach Rußland, mit Ausnahme von Wassilow. Seine Kajüte in der zweiten Klasse trägt die Nr. 117, sie befindet sich zwischen der Schiffstreppe und den Kajüten des Dienstpersonals. Ich habe sie geprüft und nichts Auffälliges feststellen können. Sicherheitshalber habe ich auch die Nebenkajüten untersucht. Das Eisen, mit dem die Wände aller Kajüten des Dienstpersonals beschlagen sind, stammt offenbar nicht von unseren Werken. — kein einziges Blech trägt unseren Stempel. Es ist mir nicht gelungen, zu dem Kapitän einzudringen. Unter den nach Europa reisenden Passagieren sind verdächtig: Bankier Westinghaus — Reiseziel Hamburg; Senator Notebeat mit seiner Tochter — Stettin. Westinghaus soll auf dieser Reise Zerstreuung suchen, um sich über das Verschwinden seiner Geliebten zu trösten, während der Senator Notebeat der Laune seiner Tochter nachgegeben hat, die seit einiger Zeit ohne ersichtlichen Grund den Bankier Westinghaus verfolgt. Ganz unbegreiflich ist die Abwesenheit Arthur Rockefellers auf dem Dampfer, der nach dem Plane der Faszisten incognito nach Sowjet-Rußland reisen sollte. Unter den Passagieren gibt es keinen einzigen, in dem man den verkleideten Rockefeller vermuten könnte."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250216-14/fragment/page=0006